

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis Mk. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kayser, Berlin.
Für die Expedition und den Einzelverkauf: Edward Steinbrenner, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin O. 2, Neue Friedrichstr. 2.

Inserate für die vierspaltige Petitzeile oder deren Raum 80 Pfg.
Vergütungsgewinnungen und Arbeitervermittlungen 30 Pfg.
Veranstaltungsanzeigen 15 Pfg.

Die Gegner der Sozialreform.

n. Einer der rüchständigen und verbissensten Handlanger des rheinisch-westfälischen Scharfmachertums, der Geschäftsführer des Verbandes der Industriellen im Regierungsbezirk Köln, Paul Steller, widmet sich mit besonderem Eifer der Untersuchung der Frage, wie hoch die deutsche Industrie durch die soziale Gesetzgebung belastet und ob diese Belastung geeignet sei oder sein werde, die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie auf dem internationalen Markt zu schädigen. Der Titel einer Stellerschen Schrift: „Das Uebermaß der öffentlichen Lasten in Deutschland“ läßt erkennen, daß der Verfasser den Zeitpunkt für gekommen hält, wo die deutsche Industrie sich einer weiteren Belastung zu widersetzen hat, wenn sie sich nicht selber aufgeben will. Herr Steller belegt seine Anschauung, indem er aus einer Anzahl gewerblicher Betriebe die Summe ermittelt, die für soziale Lasten, für wohltätige Zwecke, für Reichs-, Staats- und Gemeindesteuern ausgegeben wird, und dann heranzurechnet, daß diese Lasten bei vielen Unternehmungen 50, bei manchen 100 Proz. des Reingewinns ausmachen. Damit ist nun an sich recht wenig bewiesen, solange diese Unternehmungen Dividenden von 10, 15, ja 20 Proz. zu verteilen vermögen — ein Zeichen, daß ihnen die steuerlichen und sozialen Lasten doch nicht schaden. Und so lange sie solche Gewinne abzuwerfen vermögen, ist auch wohl die Befürchtung überflüssig, daß sie der internationalen Konkurrenz nicht gewachsen seien. Zudem ist aber auch nichts verkehrter, als die Annahme, daß, wenn diese Lasten nicht oder in geringerem Maße vorhanden wären, dadurch der Reingewinn um einen entsprechenden Betrag höher wäre. Diese Lasten werden in die Kosten verrechnet und gehen in den Preisen der Erzeugnisse zum Unternehmer zurück. Sie machen sich aber auch sonst für den Unternehmer ganz gut bezahlt. Die Staats- und Gemeindesteuern werden verwendet für gemeinnützige Zwecke, Ausbau des Verkehrswesens, Erhebung der Volksgesundheit und Volksbildung usw., alles Dinge, die der Industrie, dafür sorgt ihr Einfluß in Gesetzgebung und Verwaltung, in hohem Maße zugute kommen. Die Wohlfahrtsvereine sind ganz genau darauf berechnet, welchen Nutzen sie dem Unternehmer einbringen, und trotz allen humanitären Getues weiß man, daß auf diesen Gebieten nichts getan wird, was nicht dem „Wohltäter“ reichliche Früchte trägt, während derartige Unternehmungen, wir erinnern an die Fabrikwohnungen, die Werkskassen usw., dem Arbeiter vielfach zum Blute reichen. Und was die sozialen Lasten betrifft, so sind diese erstens verhältnismäßig sehr gering; dann aber erheben sie zum guten Teil die Armenlasten, die so für den Unternehmer wegfallen, und drittens erhöht das Gefühl einer verhältnismäßigen Sicherheit in Zeiten der Krankheit und Arbeitsunfähigkeit, das die soziale Versicherung dem Arbeiter gewährt, auch dessen Arbeitsfreudigkeit und Arbeitslust, was für den Unternehmer auch kein Schaden ist.

Und wenn dann die Steller und Genossen auf andere Länder, mit Vorliebe auf England, hinweisen, wo die soziale Gesetzgebung mit ihren Lasten wegfallen und infolgedessen die Industrie besser daran sei, so unterlassen sie wohlweislich zu erwähnen, daß in England die Arbeitslöhne ebenso wie die Armenlasten höher sind und daß dort die Wohlhabenden, also auch die Industriellen, in viel höherem Maße als bei uns zur Einkommen- und zur Erbschaftsteuer herangezogen werden. Die sozialen Lasten, die bei uns durch die Beiträge für die Arbeiterversicherungseinrichtungen aufgebracht werden, finden in England ihren Ersatz in höheren Arbeitslöhnen und höheren Steuerpflichten der Industriellen. Zwei Professoren der Nationalökonomie, Hertner und Höllo, sind in einer besonderen Schrift den Stellerschen Beweiskonstruktionen entgegengetreten, worauf Steller mit einer neuen Schrift antwortet, die seine vorigen Ausführungen erhärten und die Argumente seiner Gegner zurückweisen soll. Auch hier beschränkt sich seine Beweisführung lediglich auf den Nachweis, daß in einer Reihe von Unternehmungen sich die steuerlichen und sozialen Lasten sowie die Ausgaben für Wohlfahrtszwecke im Laufe der letzten Jahre beträchtlich erhöht haben. Die „Kölnische Zeitung“ bemerkt dazu: „Diese Zahlen reden eine so deutliche Sprache, daß man über den Kreis derer hinaus, die man liebevoll mit dem Namen Scharfmacher belegt, sich der Sorgen der Industrie annimmt und sich die Frage vorlegt, ob nicht die letzten Endes der Zweck aller Sozialpolitik, die Verbesserung der Lage der arbeitenden Klasse, vereitelt werden muß, wenn

diese Sozialpolitik die Industrie in eine ernstliche Notlage bringen kann. Daß wir schon soweit sind, kann im Hinblick auf die Rentabilität unserer industriellen Unternehmungen und mit Rücksicht auf die stets noch zunehmende Ausfuhr deutscher Industrieerzeugnisse nicht behauptet werden; immerhin beweisen aber Zahlen, wie Steller sie zusammenstellt, besser und bündiger als Klagen, daß die Entwicklung durch eine zunehmende sozialpolitische Belastung auf eine Beeinträchtigung der Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie auf dem Weltmarkte hinausläuft.“

Die hohen Gewinne unserer Industrie, die wachsende Ausfuhr ihrer Erzeugnisse, die stetig fortschreitende Entwicklung unseres Wirtschaftslebens — alles das läßt, wie das Herr Steller gewogene Blatt zugeben muß, zur Genüge erkennen, daß die steigende Belastung der deutschen Industrie nicht schadet. Ein vorurteilloser Beobachter würde daraus schließen, daß die Industrie eine weitere Belastung vertragen kann und deshalb mit dem Ausbau der Sozialpolitik in viel entschiedenerem Tempo vorangehen werden muß als bisher, sintermalen in Deutschland auf diesem Gebiete trotz der vielgerühmten Sozialversicherung noch sehr viel zu tun übrig geblieben ist. Aber, so sagen unsere Scharfmacher, bis jetzt hat uns zwar die Sozialpolitik nichts geschadet, jedoch sie könnte uns schaden, wenn sie fortgesetzt würde. Darum: Halt! Die Sache gewinnt dadurch einen bedenklichen Beigeschmack, daß die Leute, die sich mit diesen Argumenten gegen weitere Belastung durch sozialpolitische Maßnahmen wenden, sich auch gegen diejenigen Maßnahmen auflehnen, die für das Unternehmertum weiter keine Belastung mit sich bringen, sondern nur dem Zweck dienen, dem Arbeiter ein größeres Maß von Bewegungsfreiheit und Mitbestimmungsrecht im Staats- oder im Wirtschaftsleben zu sichern. Hierher gehört die Errichtung von Arbeitskammern und Arbeiterausschüssen, Einführung des kollektiven Arbeitsvertrages und des konstitutionellen Betriebssystems, Sicherung des Koalitionsrechts und ähnliches mehr. Hier spricht nicht die finanzielle Belastung des Unternehmertums mit, und dieser Grund ist vielleicht auch nicht mal der einzige oder hauptsächlichste, wenn das Unternehmertum sich gegen den weiteren Ausbau der Arbeiterversicherung auflehnt. Es ist der Widerwille des Scharfmacher- und Ausbeutertums, den Arbeiter zu einem höheren Anteil am Lebensgenuss, zu einer höheren Betätigung seines Menschentums gelangen zu lassen, weil das die „Begehrlichkeit“ der Proletarier stärkt, weil das die unumschränkte Herrschaft der „Herren im Hause“ gefährdet, weil das — um einen Ausdruck Friedrich Naumanns zu gebrauchen — aus Industrieuntertanen Industriebürger macht. Und das ist es, was die Inhaber der wirtschaftlichen Macht nicht wollen und was, neben der Furcht vor Schmälerung des Profites durch die finanzielle Belastung, sie zu grundsätzlichen Gegnern einer wirksamen Sozialreform macht.

Man weiß aus der Geschichte des Arbeiterschutzes und der Arbeiterfürsorge, daß noch jedesmal das Unternehmertum sich gegen beratige Maßnahmen aufgelehnt hat mit der Begründung, daß das die heimische Industrie wettbewerbsunfähig mache. Und mit gutgespieltem Wieder-sinn schob man dabei das Interesse der Arbeiterklasse vor, das mit dem Wehweh der Industrie unlösbar verknüpft sei und das am meisten leide, wenn das heimische Wirtschaftsleben durch zu große Belastung geschädigt werde. Nun, die Arbeiter kennen die Bedeutung der Industrie zu gut, um ihren Bestand und ihre Entwicklung durch unkluges Vorgehen in Frage zu stellen. Aber sie werden sich auch nicht durch die Rücksicht auf den Profit und das Herrenrecht der Unternehmer vor der Verfolgung und Durchsetzung derjenigen Forderungen abhalten lassen, von deren Erfüllung das Wohl und Wehe der werktätigen Bevölkerung, dieses Fundamentes unseres Wirtschafts- und Kulturlebens, abhängt.

Die Holzindustrie in den Berichten der preussischen Gewerbeinspektion.

II. (Schluß)
Die von der Gewerbeinspektion aufgenommene Unfallstatistik ist nicht erschöpfend; sie umfaßt nur die Unfälle, zu deren Untersuchung die Gewerbeaufsichtsbeamten zugezogen wurden. Von den insgesamt 25 736 Unfalluntersuchungen entfallen allein 1856 auf die Industrie der Holz- und Schnitzstoffe. Das sind 7,2 Proz. der Gesamtzahl, während auf diese Industriegruppe nur 6,9 Proz. der der Gewerbeaufsicht unterstehenden Arbeiter in Preußen kommt. Die Unfallgefahr ist also, was übrigens auch sonst bekannt

ist, in der Holzindustrie relativ hoch. Als eine vorzügliche Schutzvorrichtung hat sich die runde Messerwelle schon so lange und so gründlich bewährt, daß es nun wirklich an der Zeit wäre, die Verwendung von Hobelmaschinen mit der Vierkantwelle durchweg zu verbieten. Zu einer solchen generellen Verfügung ist es aber in Preußen bisher noch nicht gekommen. Eine ganze Reihe von Berichten rühmen die guten Eigenschaften der runden Welle, viele Beamte berichten auch, daß sie fortgesetzt, zum Teil auch mit gutem Erfolg bemüht sind, ihr Eingang zu verschaffen, eine bestimmte Auflage zur Umwandlung der noch vorhandenen Vierkantwellen in runde scheint aber nur in Einzelfällen veranlaßt worden zu sein.

So wird aus dem Bezirk Münster berichtet, daß die Verletzung von Arbeitern an der Vierkantwelle wiederholt Anlaß zu polizeilichen Verfügungen gemäß § 120a und 120d der Gewerbeordnung zwecks Beschaffung von runden Messerwellen gab. Im Bezirk Danzig wurde ein Unternehmer, der trotz wiederholten Antrags die runde Messerwelle nicht angeschafft hatte, als sich ein Arbeiter an der Abrichtmaschine mit Vierkantwelle eine schwere Verletzung zuzog, wegen fahrlässiger Körperverletzung zu 60 Mk. Geldstrafe verurteilt. Er hat außerdem zu erwarten, daß er von der Berufsgenossenschaft haftbar gemacht wird. Dieser Fall hat mehrere Unternehmer bewogen, die Vierkantwelle abzuschaffen. Der gleiche Bericht weist übrigens darauf hin, daß auch minderwertige Rundwellen in den Handel gebracht werden. An einer neubeschafften Maschine flogen schon nach achtstündigem Gebrauch Befestigungsteile ab und richteten in der Werkstatt viel Schaden an. Besonders die Schraubengewinde waren recht nachlässig ausgeführt. Gegen die gewissenlosen Fabrikanten, die durch solche Pfuscharbeit nicht nur Gefahren heraufbeschwören, sondern auch eine nützliche Schutzvorrichtung diskreditieren, sollte auf das rücksichtsloseste vorgegangen werden.

Im Bezirk Schleswig wurde ein Möbelfabrikant, der sich trotz polizeilicher Verfügung weigerte, die Vierkantwelle einer Abrichtmaschine durch eine runde Welle zu ersetzen, vom Schöffengericht zu 100 Mk. Geldstrafe verurteilt. Aus den Bezirken Gumbinnen und Allenstein wird über fünf schwere Unfälle berichtet, die auf das Vorhandensein von Vierkantwellen an Abrichtmaschinen zurückzuführen sind. Dabei war den Unternehmern die Anschaffung von runden Wellen vorher dringend empfohlen worden, aber erst nach den eingetretenen Unfällen konnten sie sich zur Beschaffung entschließen. Auch aus dem Bezirk Arnberg wird über Schwierigkeiten berichtet, die der Einführung der runden Messerwelle gemacht werden, so daß der Einbau in einzelnen Fällen durch polizeiliche Verfügungen erzwungen werden mußte. Als ein Moment, welches die allgemeine Einführung der runden Welle erschwert, bezeichnet der Bericht aus dem Bezirk Wiesbaden den Mangel an Mitteln, welcher die Handwerksmeister veranlaßt, alte Maschinen anzuschaffen, deren Umänderung zu hohe Kosten verursacht. Unseres Erachtens sollte darauf keine Rücksicht genommen werden. Gegenüber dem bedeutenden Schutz, welchen die runde Welle gewährt, dürfen die Kosten die ihre Anschaffung erfordert, nicht in Betracht kommen.

Ein schwerer Unfall, der auf das Fehlen des Spaltteils an der Kreisäge zurückzuführen ist, wird im Bericht aus den Regierungsbezirken Gumbinnen und Allenstein erwähnt. Das Brett war von der Säge hochgeschleudert worden und hatte dabei die linke Hand des Arbeiters in die Kreisäge geworfen. Die Hand wurde fast völlig abgeschritten. Als Maschinen, die geeignet sind, der Forderung des Unfallschutzes entgegenzuwirken, bezeichnet der Bericht für den Regierungsbezirk Posen die Universalmaschinen. Veranlassung dazu gibt ein Unfall, der sich an einer kombinierten Bandsäge, Kreisäge und Fräsmaschine ereignete. Der Arbeiter hatte an der Kreisäge gearbeitet, ohne Spaltteil und Schutzhaube anzubringen. Er wurde von der Säge erfaßt und schwer verletzt. Bei den fraglichen Maschinen wird der Mangel darin gefunden, daß die Schutzvorrichtungen für die Kreisäge entfernt werden müssen, wenn die Maschine als Bandsäge oder als Fräsmaschine benutzt werden soll. Das vielfache Zueinander-schrauben und Einsehen neuer Teile führt leicht dazu, daß die Arbeiter die Anbringung der notwendigen Schutzvorrichtungen vergessen.

Ein Monstrum von Lokomobile scheint es gewesen zu sein, die der Besitzer einer kleinen Holzdrechlerei im Bezirk Rassel pachtweise in Betrieb genommen hatte. Ein Federicherheitsventil besaß keine Kontrollhülse und die Lager der auf dem Kessel befindlichen Maschine waren so ausgelassen, daß ihr Betrieb geradezu gefährlich erschien. Da überdies weder eine Genehmigung, noch ein Kesselschild,

noch Ausweis-papiere vorhanden waren, veranlaßte der Gewerbeinspektor die sofortige Außerbetriebsetzung des gefährlichen Dinges. Um zu verhüten, daß die famose Maschine nicht etwa noch anderwärts Unheil anrichte, benachrichtigte der Beamte das benachbarte bayerische Bezirksamt, in welchem der Wessler der Lokomobile wohnte, dem diese von dem Drechslermeister sofort zur Verfügung gestellt worden war.

Als eine gefährliche Unflut muß das Trocknen von Holz im Kesselhause bezeichnet werden. Ein Holzwarenfabrikant im Bezirk Frankfurt a. O. wurde durch amtlicherseits Strafbefehl mit 80 Mk. Geldstrafe belegt, weil er trotz mehrfacher Warnung des Gewerbeinspektors das Trocknen von Holz im Kesselhause und auf dem Kesselmauerwerk duldet. Der Bericht fügt als bemerkenswert hinzu, daß der Kesselwärter erklärt habe, die Arbeiter hätten ihm Prügel angedroht für den Fall, daß er das Trocknen im Kesselhause nicht dulde. Dabei sei ein besonderer Trockenraum vorhanden, der aber den Arbeitern viel leicht etwas weniger bequem liegt. Die Sache dürfte wohl noch einen besonderen Fall haben, denn es ist kaum anzunehmen, daß sich der Unternehmer lieber strafen läßt, statt durch energische Maßnahmen die Wiederholung des Unfalls zu verhindern. Diese näheren Umstände des Falles werden vielleicht bekannt werden, wenn die Gewerbeinspektion ihre Drohung wahr macht, nämlich im Wiederholungsfall die schuldigen Arbeiter zu ermitteln und zur Bestrafung zu ziehen.

Die Explosionsgefahr des Holzstaubes mußte zu seinem Schaden in einer Möbelfabrik im Landespolizeibezirk Berlin ein Monteur erfahren, der im Begriffe stand, zwischen dem Ausflutrohr eines Spänenabscheiders und der Kesselvorfeuerung ein Verbindungsstück einzuschalten. Das Rohr war durch einen vorgebundenen Saß abgedichtet, in dem sich feinstes Holzstaub angesammelt hatte. Statt nun das Rohr zunächst herabzunehmen und den Saß an einen vom Kessel entfernten Ort abzubinden, löste der Monteur trotz vorheriger Warnung den Saßverschluß an Ort und Stelle und führte so die explosionsartige Entzündung des dicht vor der Kesselvorfeuerung niederfallenden feinen Holzstaubes hervor, wobei er nicht unerheblich verbrannt wurde.

Ueber die Einrichtungen zur ersten Hilfe bei Unglücksfällen sprechen sich die Gewerbeinspektoren ebenfalls eingehender aus. In den großen Fabrikanlagen ist in dieser Beziehung meist in ausreichendem Maße gesorgt, dagegen läßt die Vorfrage in den kleinen Betrieben besonders auch in der Holzindustrie und vor allem in den Sägewerken oft viel zu wünschen übrig. Der Bericht für den Regierungsbezirk Oppeln sagt in der Beziehung: Vielfach fand sich das Verbandsmaterial bei der Besichtigung auch in losem Zustande, durch Unfassen beschmutzt oder sonst stark verunreinigt. Auf Veranlassung der Gewerbeaufsichtsbeamten und der technischen Aufsichtsbeamten der Berufsgenossenschaften werden zwar die notdürftigsten Verbandsmittel gekauft, in kurzer Zeit befinden sie sich jedoch in einem Zustande, der ihre Verwendung bedenklich erscheinen läßt.

Als eine Berufskrankheit gewisser Zweige der Holzindustrie ist die Polierkrätze anzusehen, deren Auftreten an verschiedenen Orten gemeldet wird. Im Regierungsbezirk Hildesheim wurde sie in einer Drechslerei beobachtet. Im Landespolizeibezirk Berlin beschwanden die elzemartigen Ausschläge, an welchen die Arbeiter einer Sargpoliererei erkrankt waren, fast gänzlich, als der Spiritus aus einer anderen Quelle bezogen wurde. Die chemische Untersuchung der anfänglich benutzten Poliermittel ergab keinen Anhalt für die Ursachen der Hautkrankheit. Im Regierungsbezirk Königsberg, wo in einer Holzbearbeitungsfabrik seit 1 1/2 Jahren unter 34 Poliererinnen 55 Erkrankungen an Ekzemen der Hände und Unterarme vorgekommen waren, wird das Uebel auf Urzuten des Kreisarztes durch Einreiben der Arme vor der Arbeit mit Lanolin zu bekämpfen gesucht. Auch sind die Waschvorrichtungen durch Zufuß von warmem Wasser und Lieferung von Seife verbessert worden. Diese Neuerungen lassen erkennen, daß es vorher um die Sauberkeit in dem Betriebe nicht zum besten bestellt war.

Abgesehen von diesem Fall muß auch konstatiert werden, daß der Sinn für Sauberkeit in manchen Arbeiterkreisen noch recht schwach entwickelt ist. So ist es z. B. keine seltene Klage, daß Wabeanlagen, die in manchen großen Betrieben eingerichtet sind, in größtlicher Weise verunreinigt werden. Das ist ein Gebiet, auf welchem dem erzieherischen Einfluß der Gewerkschaften Gelegenheit zur Betätigung gegeben ist. Daß hiervon Gebrauch gemacht wird, konstatiert der Bericht aus dem Regierungsbezirk Minden ausdrücklich. In dem Bericht heißt es darüber: „Besonders bemühen sich auch die Leiter von Arbeiterverbänden, auffklärend zu wirken. Als bemerkenswert verdient in dieser Hinsicht eine Veröffentlichung des Geschäftsführers der Zahlstelle Bielefeld des Deutschen Holzarbeiterverbandes unter der Ueberschrift: „Arbeiter und Arbeiterschutz“ in der in Bielefeld erscheinenden „Volkswacht“ erwähnt zu werden, in der er nachdrücklich gegen das der Reinlichkeit und der Gesundheitspflege widersprechende Verhalten eines Teiles der Arbeiter zu Felde zieht und u. a. ausführlich, daß die Unternehmer zum Teil gar nicht so unrecht hätten, wenn sie auf Beschwerden der Arbeiterausschüsse hin äußerten, daß die Arbeiter selbst gar nicht so sehr auf Reinlichkeit und somit auf ihren Schutz bedacht seien.“

Ein großes Verständnis für den Wert der Gewerkschaften und ihr Wirken läßt sich freilich den preussischen

Gewerbeinspektoren nicht nachsagen, wenn man ihnen auch zugeben kann, daß sie sich bemühen, ihrer Abneigung gegen die Gewerkschaften in recht vorsichtiger Weise Ausdruck zu geben. So wird aus dem Regierungsbezirk Bromberg berichtet, daß im Gefolge des allgemeinen „Ausstandes“ der Bauarbeiter in mehreren Ortschaften Streiks von Tischlern, Wauschreineren und Drechslern entstanden, aber ohne besondere Vorteile für die Arbeiter. Der Beamte scheint sich hier keine besondere Mühe gegeben zu haben, die Wichtigkeit der ihm von den Unternehmern gemachten Angaben nachzuprüfen. Noch weniger dürfte das der Fall sein bei der anschließenden Mitteilung, daß eine große Holzbearbeitungsfirma ihre mit vielen modernen Maschinen ausgestattete Wauschreinerlei infolge der oft wiederholten Arbeiterstreiks freigelegt habe. Da werden wohl in Wirklichkeit wesentlich andere Ursachen mitgewirkt haben. Der Bericht aus dem Bezirk Merseburg erwähnt, daß der Deutsche Holzarbeiterverband die tägliche Arbeitszeit auf 9 1/2 Stunden festgesetzt habe und jetzt dazu übergegangen ist, die wöchentliche Arbeitszeit auf 54 Stunden zu bemessen. Den nicht zusammengeschlossenen Arbeitgebern bleibt gegenüber der Macht der Verbände nichts übrig, als den Forderungen nachzugeben.“ Die armen Arbeitgeber! Hoffentlich folgen sie der Mahnung des Gewerbeinspektors, sich zu organisieren. Den Vormarsch des Deutschen Holzarbeiterverbandes werden sie aber auch dann nicht aufhalten können.

Entrechtung der Arbeiter ohne Begründung.

Im Plenum des Reichstages findet jetzt die entscheidende Beratung der Reichsversicherungsordnung statt. Ein Vorpiel war die Aussprache über das Einführungs-gesetz zur Reichsversicherungsordnung.

Diese Aussprache hat eine sehr bezeichnende Vorgeschichte. Der Entwurf ist bereits vor mehreren Wochen dem Reichstage zugegangen. Damals kam die arbeiterfeindliche Mehrheit des Reichstages mit dem — freundschaftlichen Rat an die Sozialdemokraten heran, auf eine sachliche Aussprache über den Entwurf vorläufig zu verzichten und den Entwurf nach kurzen Erklärungen der einzelnen Parteien an die Kommission zu verweisen. Selbstverständlich hatten die Sozialdemokraten für diesen freundschaftlichen Rat der Arbeiterfeinde nicht das gewünschte Verständnis; sie erklärten, daß sie auch bei dieser Gelegenheit ihre Pflicht gegenüber den Arbeitern erfüllen und die arbeiterfeindlichen Bestimmungen des Entwurfs mit der nötigen Gründlichkeit besprechen werden. Infolgedessen zogen es die Mehrheitsparteien vor, die erste Beratung des Entwurfs so lange wie irgend möglich hinauszuschieben. Die Aussprache fand vor den Osterferien des Reichstages nicht mehr statt, sondern kam erst im letzten Augenblick, nämlich unmittelbar vor der zweiten Lesung der Reichsversicherungsordnung im Plenum des Reichstages an die Reihe.

Zu dieser — Vorsicht halten die Reaktionsguten Grund. Der Entwurf enthält nämlich einige Bestimmungen, die die beabsichtigte Vergewaltigung der Arbeiter durch die Reichsversicherungsordnung aufs deutlichste zeigen. Und eine Aussprache hierüber wollten die Herren vorsorglichsterweise im Reichstage möglichst vermeiden.

Sie haben ihren Gläubigen wieder und wieder erzählt, daß die Reichsversicherungsordnung den Arbeitern viele sehr wertvolle Verbesserungen bringen wird. Das sollte die geplante Entrechtung der Arbeiter in der Leitung der Krankenkassen entschuldigen. In Wahrheit aber sind die wenigen Verbesserungen ganz ungenügend, und durch die Entrechtung der Arbeiter in der Leitung der Krankenkassen werden die Leistungen der gesamten Arbeiterversicherung noch mehr herabgedrückt. Dies zeigt sich, sobald die einzelnen Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung gründlich besprochen werden. Aus diesem Grunde erklärt sich die Furcht vor einer solchen gründlichen Aussprache im Plenum des Reichstages.

Wie aber können sie die Aussprache verhindern? Das wissen die arbeiterfeindlichen Parteien offenbar selbst noch nicht. Allerdings rechnen sie darauf, daß im Reichstage die Zeit für eine eingehende Beratung jetzt sehr ungünstig ist. Die Verhandlungen des Reichstages dauern bereits seit Ende November vorigen Jahres. Die Abgeordneten sind daher schon recht ermüdet; mancher von ihnen fehlt die Stunde herbei, da er sich in eine Erholungsanstalt, ein Bad usw. begeben kann. Je länger sich aber die Reichstagsverhandlungen hinziehen, je wärmer es wird, desto anstrengender wird die Arbeit im Reichstage, desto mehr drängen die Abgeordneten auf den Schluß der Beratungen. Aber diese Schwierigkeiten dürfen und werden die Sozialdemokraten selbstverständlich nicht von der Erfüllung ihrer Pflicht abhalten. Dazu stehen denn doch viel zu wichtige Interessen der Arbeiter auf dem Spiele.

Die Sozialdemokraten haben auch schon in der Presse und in den Versammlungen die Arbeiter über die wichtigsten Fragen, die hier in Betracht kommen, aufgeklärt. Ganz besonders haben die Krankenkassenkongresse kurz vor dem Zusammentritt des Reichstages nach den Osterferien die allgemeine Aufmerksamkeit auf den Kampf der Arbeiter um ihre Selbstverwaltung in den Krankenkassen gelenkt. Die Kongresse waren sehr stark besucht. Aus allen Teilen des Reiches waren die Vertreter der freien Hilfskassen, der Kassenbeamten, der Ortskrankenkassen, selbst der Betriebskrankenkassen zusammengekommen und haben einstimmig befundet, daß die Reichsversicherungsordnung nicht zur wirklichen Verbesserung der Arbeiterversicherung geeignet ist und deshalb auch nicht Gesetz

werden sollte. Dies ist um so wichtiger, weil auf den Kongressen auch Vertreter der Arbeitgeber waren, die in der Krankenversicherung praktisch mitarbeiten und deshalb aus eigener Anschauung ein sachverständiges Urteil abgeben können. Sie schlossen sich dem Protest gegen die Reichsversicherungsordnung an.

Unter dem Eindruck dieser Kongresse begann im Plenum des Reichstages die Beratung der Reichsversicherungsordnung und des Einführungs-gesetzes dazu. Schon der erste Tag dieser Beratung hat gezeigt, daß die Sozialdemokraten auf dem Posten sind und ihre Kritik an der Reichsversicherungsordnung so üben, wie es das Interesse der Arbeiter erfordert. Sie wiesen nach, daß durch die Entrechtung der Arbeiter in der Leitung der Krankenkassen in der Tat die ganze Arbeiterversicherung aufs schwerste geschädigt wird. Und was antworteten die arbeiterfeindlichen Parteien darauf? Einzig und allein, daß die Entrechtung der Arbeiter notwendig ist.

Aber gerade dies konnten die Sozialdemokraten zurückweisen. Sie legten ausführlich dar, daß, wenn wirklich hier und da ein Fehler vorgekommen sei, dies für die Zukunft durch zweckmäßige Kontrollvorschriften und durch das Proportionalwahlrecht verhindert werden kann, daß sich aber die Selbstverwaltung der Arbeiter in ihren Krankenkassen im ganzen aufs beste bewährt, während die Unselbstverwaltung der Unternehmer in den Berufsgenossenschaften der Unfallversicherung zu einer geradezu unerträglichen Behandlung vieler armer berunglückter Arbeiter und deren Hinterbliebenen geführt hat. Die Sozialdemokraten erbrachten schließlich auch den Beweis, daß die Schauer-geschichten über die angeblichen Mißstände in den von den Arbeitern selbst geleiteten Krankenkassen entweder ganz erlogen sind oder auf gewissenlosen Verdrehungen und Uebertreibungen beruhen.

Hierauf hatten die arbeiterfeindlichen Parteien nur die eine Antwort, daß sie die Beweise für die Mißstände, die die Entrechtung der Arbeiter in der Leitung der Krankenkassen notwendig machen, — erst später verraten werden. Dies ist eine elende Komödie. Im vorigen Sommer bereits rühten sich die arbeiterfeindlichen Parteien in der Kommission des Reichstages, sie hätten gar so viele Beweise für die Mißstände in den Ortskrankenkassen. Und auf die Forderung der Sozialdemokraten: „Geraus mit den Beweisen“, brachten sie einige der gewöhnlichen Anschuldigungen vor, die aber die Sozialdemokraten sofort als unwahr nachweisen konnten. Darauf erklärten die tapferen Herren, daß sie ihre Beweise erst bei der Aussprache hierüber im Plenum vorbringen werden. Und jetzt im Plenum kamen sie wieder mit der Vertröstung auf später. Sie mußten es sich dann auch gefallen lassen, daß ihnen die Sozialdemokraten ins Gesicht sagten: Sie haben gar kein Material gegen die Kassen. Darauf blieben die Herren die Antwort schuldig.

Dieser Vorgang ist geradezu unerhört. Die deutschen Arbeiter haben mit den größten Opfern und unwiderstehlicher Tatkraft ihre gewerkschaftlichen und politischen Organisationen ausgebaut, um sich immer mehr Rechte in unserm wirtschaftlichen und politischen Leben zu erkämpfen. Hierin haben sie sich auch durch alle Zwangsmassnahmen ihrer Gegner nicht abhalten lassen, sondern sind auf ihrer Bahn zu Freiheit und Recht stetig vorwärts gedrungen. Und jetzt wagen unsere Gegner es, den deutschen Arbeitern ein Recht zu entreißen, daß sie 26 Jahre bereits gehabt, und von dem sie in dieser Zeit mit immer besserem Erfolge, zu immer größerem Segen für die Arbeiter-schaft Gebrauch gemacht haben: Das dürfen sich die Arbeiter nicht ruhig gefallen lassen. Deshalb helfe jeder mit, selbst den letzten Arbeiter gegen diese Vergewaltigung aufzurütteln.

Soziales.

Ein Musterarbeitervertreter ist der christliche Arbeitersekretär J. Weder, der im Reichstag als Zentrum-abgeordneter den Wahlkreis Arnberg vertritt. Auf dem Kongress der christlichen Gewerkschaften zu Köln im Jahre 1909 hat der Herr über die Reichsversicherung-ordnung referiert und dabei Ansichten entwickelt, zu welchen seine Stellung in der Reichstagskommission zur Reichsversicherungsordnung in schroffem Widerspruch steht. In der Reichstags-sitzung vom 5. Mai von unserem Kollegen Robert Schmidt auf diesen Widerspruch festgenagelt, versuchte es der wadere christliche Gewerkschaftsführer und Zentrum-abgeordnete, sich mit folgender Ausrede herauszuhehlen:

„Auf dem christlichen Gewerkschaftskongress habe ich nicht als Zentrum-abgeordneter gesprochen, sondern als Mitglied der christlichen Gewerkschaften. Ich habe damals auch von dem ersten Regierungsentwurf gesprochen und gleich gesagt, unsere Anschauungen werden sich ändern, je nach dem wie die Faltung der Regierung sich ändert.“

Diese Erklärung für seine Haltung war so komisch, daß sie wahre Heiterkeitsstürme auslöste. Aber die Sache hat auch ihre recht ernste Seite. Der „Arbeitervertreter“ Weder erklärt von der Tribüne des Reichstages herab, daß er keine eigene Ansichten habe, sondern seine Anschauungen nach der Faltung der Regierung einrichtet! Seine Befähigung, Arbeiterinteressen zu vertreten, hat er damit in vollendetester Weise erbracht.

Interessant ist auch die feine Unterscheidung zwischen seiner Eigenschaft als Zentrum-abgeordneter und als Mitglied der christlichen Gewerkschaften. In der letztgenannten Rolle muß er sich möglichst zudaltig gebärden, um die gläubigen Arbeiter einzuseifen. Wenn es aber gilt, die gemachten Versprechungen einzulösen, dann ist er Zentrum-abgeordneter, eine Eigenschaft, die

im Jahre 1908 bei den Christen, als sie einen Tarifvertrag einseitig abgeschlossen hatten. Um so größer war der Schaden, als das Ding etwas näher bekannt wurde und die Mitglieder in hellen Scharen der christlichen Organisation den Rücken kehrten. Aber auch das bish. welches der damalige Tarif brachte, wurde nicht einmal bei den Arbeitgebern durchgeföhrt, ausgenommen diejenigen, welche freiwillig den Arbeitern die tariflichen Bestimmungen bewilligten. Der in diesem Jahre von den drei hier bestehenden Organisationen gemeinsam abgeschlossene Tarif hat nunmehr Bestimmungen, womit die Holzarbeiter Nachens im allgemeinen zufrieden sind. Auch die Durchführung des Tarifs ist energisch in die Hand genommen worden; es darf behauptet werden, daß der Tarif in den meisten maßgebenden Betrieben zur Durchführung gekommen ist. Die Christen haben sich in diesem Jahre mehr Mühe gegeben, den Tarif zur Anerkennung zu bringen, aber vor ihren alten, schlechten Gewohnheiten können sie doch nicht ganz lassen, wenn ein Arbeitgeber sich weigert, den Tarif einzuföhren. Auf unseren Antrag fand eine gemeinsame Sitzung der drei Verbände statt, welche sich mit der Durchführung des Tarifs beschäftigte. Die Christen lehnten hierzu die gemeinsame Arbeit ab. In Betrieben, wo sie Alleinherrscher sind, wollen sie die Sache allein erledigen. Nur dort, wo mehrere Verbände in Betracht kommen, sollte gemeinsam vorgegangen werden. Das ist recht begreiflich, können sie doch bei halbschwachen Arbeitgebern, ohne daß der verhasste rote Bruder davon Kenntnis erhält, noch Sonderverträge abschließen, um jeden Konflikt zu vermeiden. Aber auch gemeinsame Beschlüsse werden von den Christen in keiner Weise gehalten, so wurde denn auch bei Unternehmern, wo auch wir Mitglieder haben, versucht, die tariflichen Bestimmungen allein durchzuführen. Ja, man konnte den Arbeitgeber, man wußte, daß, trotzdem er den Bestimmungen in Berlin beigewohnt hatte, er die tariflichen Bestimmungen nicht ohne Widerstand durchzuführen würde. Es handelt sich um die Möbelfabrik Kirfel u. Kaiser. Zunächst wurde ohne unser Wissen wegen der Bankstrome verhandelt. Zu dieser Verhandlung war sogar der Zentralvorstand der Christen, Herr Kurtscheid, erschienen. Ein Akkordtarif wurde ausgearbeitet, derselbe soll 4 Proz. Lohn-erhöhung vorsehen, über die Durchschnittslöhne hört man nichts. Maßregelungen, die schon bei den ersten Verhandlungen vorgenommen waren, wurden ruhig hingenommen. Recht eigenartig begannen die Verhandlungen für die Maschinenarbeiter. Für diese Kategorie von Arbeitern zahlt die Firma wahre Hungerlöhne. Ohne unser Wissen wurde wieder eine Werkstattversammlung einberufen und man darf enttäuscht, als sich unser Kollege Clement ebenfalls dort einfand. Beschlüssen wurde, mit der Firma zu verhandeln; uns wurde das Recht eingeräumt, mit zu verhandeln. Statt aber den Tarif zu respektieren, entließ uns Herr Kirfel mit Versprechungen, dem einen oder anderen am 1. Juni etwas zuzulegen. Eine neue Werkstattversammlung der Maschinenarbeiter beschloß, an den Forderungen festzuhalten, die Schlichtungskommission anzurufen und die Firma zu besseren Zugeständnissen zu verpflichten. An dieser Besprechung hatte auch der Beamte der Christen, Herr Expenbed, teilgenommen. Bereits zwei Stunden später verhandelt dieser Christ, ohne dem roten Bruder etwas wissen zu lassen, mit dem Firmeneinhaber. Herr Kirfel verspricht, verschiedenen Arbeitern am 1. Mai 2 Pf. pro Stunde zuzulegen, ferner am 1. Oktober 1 Pf. Wer die Zulage erhält, weiß nur der Beamte Expenbed. Eine gesamte Werkstattversammlung, an der aber die Maschinenschreiner zum allergrößten Teile nicht teilnahmen, beschloß, die Bedingungen anzunehmen. Die Mitglieder des christlichen Verbandes lassen sich also vorläufig noch eine derartige Vertretung ihrer Interessen gefallen. Aber die noch von den Christen eingeseiften Holzarbeiter in Nachen werden noch erkennen, daß nur der Deutsche Holzarbeiterverband energisch die Interessen der Kollegen wahrnimmt. Nur ihm ist es zu verdanken, daß ein Tarif abgeschlossen wurde, der einer Großstadt wie Nachen würdig ist.

Berlin. (Stellmacher.) In der am 29. April abgehaltenen Branchenversammlung erstattete der Obmann den Bericht vom 1. Quartal. Lohnbewegungen wurden in 6 Betrieben zu Ende geführt. Während in 4 Betrieben Differenzen auf gütlichem Wege geregelt wurden, mußten 2 durch Arbeitsniederlegung gezwungen werden. Auch im Monat April wurden 3 Bewegungen (2 mit und 1 ohne Arbeitsniederlegung) zu Ende geführt; außerdem standen noch 2 Betriebe in Verhandlungen. Bezüglich der Nachweisfrage hatte der Gesellenausschuß bei der Berliner Stellmacher- und Wagenbauerninnung beantragt, über die Angliederung des Innungsnachweises an den paritätischen Arbeitsnachweis zu verhandeln. Diese Angelegenheit kam am 10. April in der Innungs-Generalversammlung zur Sprache, aber nur ein Innungsmitglied stimmte der Angliederung zu. Sehr fortschrittlich gab sich hierbei auch der Obermeister Fidler. Unverblümt sprach er aus, daß gerade er am meisten in den Kroningblättern annoncierte, um den Arbeitsmarkt zu überfüllen. Dieses Verfahren des Obermeisters Fidler wurde einer besonderen Kritik unterzogen; es wurde als ganz ungehörig bezeichnet. Kollegen, die außerhalb in Lohn und Brot stehen, nach Berlin zu locken und so dem Elend preiszugeben. Denn wer die Berliner Verhältnisse kennt, der weiß, daß hier ein Mensch mit 45-50 Pf. Stundenlohn nicht auskommt und nicht wollen die Innungsleiter nicht anwenden. Daher suchen sie immer fremde Leute, welche die Verhältnisse nicht kennen. Um den Jüngstern das Handwerk zu legen, wurde beschlossen, den Innungsnachweis zu sperren und das Umfassen zu verbieten. Wer nicht vom paritätischen Arbeitsnachweis kommt, darf nicht im Betrieb bleiben. Die Zentralkommission wurde aufgefordert, ihrerseits diese Sache in die Hand zu nehmen, damit die Kollegen von außerhalb wissen, auf was für gewissenlose Art und Weise sie nach Berlin gelockt werden. Dann wurde noch die Zentralkommission ersucht, beim Hauptvorstand eine Konferenz zu beantragen. Gründe sind genügend vorhanden, welche eine Zusammenkunft notwendig machen. Die Kollegen Berlins eruchen wir, Rücksichtlosigkeit zu zeigen, das Erzeugnis auszuheben und den paritätischen Arbeitsnachweis ganz ener-

gisch zu vertreten, damit kein Kollege ohne Benutzung desselben in den Betrieb gelangt.

— (Stellmacher.) Die Berliner Kistenmacher haben im Jahre 1910 einen Vertrag abgeschlossen, welcher aber in verschiedenen Punkten noch manches zu wünschen übrigläßt. Dabei werden die Abmachungen keineswegs überall eingehalten. Unsere Position wird noch dadurch ungünstig beeinflusst, daß von Zeit zu Zeit heimlich viel Kollegen nach Berlin kommen. Viele von diesen Lehren sich nicht an unsere Beschlüsse und treten sofort irgendwo in Arbeit, ohne den Arbeitsnachweis zu benutzen, während anfällige Kollegen oft 10-12 Wochen und noch länger auf Arbeit warten müssen. Unser Vertrag läuft am 1. September dieses Jahres ab. Wenn versucht werden soll, die Gelegenheit zu benutzen, um einige Verbesserungen herbeizuföhren, dann ist es nötig, daß Berlin von auswärtigen Kollegen möglichst gemieden wird.

Vonn. Unsere letzte Generalversammlung stellte sich auf den Standpunkt, daß den Streikenden der Klavierfabrik Mühlhagen unbedingt die notwendige Unterstützung zuteil werden müßte und beschloß einstimmig die Einführung eines 20 Pf.-Ertarbeitrages, wodurch der Wochenbeitrag sich jetzt auf 90 Pf. stellt. Durch einmütiges Eintreten wird es möglich sein, auch hier in Vonn die neunstündige Arbeitszeit durchzuführen. So ist in der Schreibwarenabteilung der Firma Spenneken die Arbeitszeit von 60 auf 55 Stunden pro Woche verkürzt worden. Ebenso wurde bereits in Troisdorf in der Korbmachereifabrik von Horschitz ein Akkordtarif resp. Arbeitsvertrag durchgeföhrt.

Dortmund. Der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe hat, wie in anderen Städten Rheinland-Westfalens, nun auch hier einen Arbeitsnachweis errichtet. Die Arbeitgeber wollen den Zeichenbaronen nichts nachsehen, die ja bekanntlich den Nachweis so nebenbei auch als Maßregelungsbureau benutzen, um so mißliebige gewordene Arbeiter auszuhungern. Um aber diesem Handeln entgegenzutreten, haben alle Berufe des Baugewerbes beschlossen, den von den Arbeitgebern errichteten Arbeitsnachweis zu sperren und einen auf paritätischer Grundlage errichteten Nachweis anzustreben. Wir bitten alle Kollegen, den Arbeitsnachweis in der Morikgasse zu meiden.

Ebingen. In der Nummer 16 brachten wir eine Korrespondenz aus Ebingen, die sich mit den Zuständen bei der Firma Wih. Wiker u. Co. in Thaltingen beschäftigte. Hierzu geht uns von der Firma die nachstehende Erwiderung zu: „Allein Unschin nach handelt es sich um zwei Arbeiter, Vater und Sohn, die Ende vorigen Monats zu uns gekommen sind. Des Vaters Urteil über den Sohn lautet: Ich weiß wohl, daß ich keine Ehre mit ihm einlege, aber Sie werden ihn schon beschäftigen können. — Auf besonderen Wunsch des Vaters suchten wir dann den 18jährigen Sohn, der nachweisbar nicht einmal eine Ziehlinge zu halten, viel weniger ein Möbel zu fertigen verstand, mit der Möbelschreinerlei bekanntzumachen. Ein Zehlag erklärte mir dem Vater, daß wir seinem Sohn unter den obwaltenden Umständen mehr als 18 bezu. 20 Pf. zu geben nicht imstande wären. Und ohne zu kündigen, sind dann beide weggeblieben. Der Sohn befindet sich nun — innerhalb 4 Wochen — bei dem dritten Meister. Dem Einseher jenes Artikels können wir den Vorwurf nicht ersparen, daß er sich um allermindesten hätte besser unterrichten müssen. Er hätte dann z. B. auch erfahren, daß wir dem vorgenannten Vater nicht 18 und nicht 20, sondern die verprochenen 40 Pf. ausbezahlt haben — einen Lohn, über den er brieflich sich selbst wie folgt äußerte: — — — für meine Person anständigen Lohn habe —“

Geier i. Erzgeb. In der hiesigen Wägbreiterfabrik Schürer werden Löhne von 12-14 Mk. gezahlt. Obgleich die Produktion von 2500 auf 4000 Stück gestiegen ist, behauptet der splendide Arbeitgeber, nicht mehr zahlen zu können. Kommt es aber doch einmal vor, daß ein besonders unguerdlicher Kollege eine Lohnzulage erhält, dann bekommt der Glückliche sage und schreibe 50 Pf. mehr. Aber er muß versprechen, dem Nebenkollegen nichts davon zu verraten. Es ist leider wahr, daß es den erzgebirgischen Unternehmern früher recht oft gelang, den einen gegen den anderen auszuspielen. Aber auch in die entlegensten Gebirgsdörfer und -Städtchen ist die Erkenntnis gedrungen, daß nur durch Einigkeit und Offenheit andere Zustände herbeigeföhrt werden können. Eine Versammlung am 29. April, in der Kollege Friedrich aus Chemnitz sprach, wies einen sehr guten Besuch auf. Es gilt jetzt, die neue Zahlstelle zu stärken. Kollegen ermannet Euch. Der Deutsche Holzarbeiterverband gibt Euren gerechten Wünschen Ziel und Stoßkraft!

Gelsenkirchen. (Modellschreiner.) Der neue Modellschreinermeister der Gelsenkirchener Bergwerks-Aktiengesellschaft, Abteilung Schaller Gruben- und Hüttenverein, schafft zu den vorhandenen Mißständen neue herbei. Wie ein geketztes Wild rast er durch die Werkstatt. Es wirkt geradezu lächerlich, wenn er mit seinem schnarrenden, militärischen Ton versucht, die Kollegen anzuschreien, besonders wenn einmal ein Kollege mit einem anderen spricht. Da das Werkzeug so mangelhaft ist, bleibt es gar nicht aus, daß die Kollegen zusammen sprechen müssen. Ueberstunden scheinen bei dem Meister besonders beliebt zu sein. Er befiehlt solche oft bis 12 Uhr nachts. Weigert sich ein Kollege, die Ueberstunden zu machen, dann wird ihm mit Klausurstrafen gedroht. Auch mit Lohnabzug scheint der Meister schon vertraut zu sein, hat er doch bei der ersten Lohnung, die er schrieb, als er drei Tage da war, bei zwei Kollegen Abzüge bis zu 1,50 Mk. pro Tag gemacht und den Kollegen, die ihn deshalb zur Rede stellten, gekündigt. Die Direktion sah aber die Ungerechtigkeit des Lohnabzuges ein und bekamen die Kollegen ihr fehlendes Geld wieder. Mag der Meister lieber dafür sorgen, daß den Kollegen ordentliches Material zum Bearbeiten zur Verfügung steht und nicht, wie es jetzt ist, Holz bearbeitet werden muß, aus dem das Wasser noch läuft. Auch mag er dafür sorgen, daß die Maschinen in Ordnung sind, daß nicht die Kollegen mit Angst an die Hobelmaschinen und Bandsägen zu gehen brauchen. Auswärtige Kollegen werden kaum Verlangen nach diesen Fleißstücken haben. Die hiesigen Kollegen aber müssen noch fester als bisher zusammenhalten, dann wird es auch

möglich sein, den Uebermut eines solchen Meisters zu zähmen.

München. Schon mehrfach haben wir darauf hingewiesen, daß die hiesigen Arbeitsverhältnisse recht ungünstig sind. Aber immer wieder fallen Kollegen auf Insuperate, die die hiesigen Fabrikanten in erzgebirgischen Blättern erlassen, hinein. Die wenigen Verbesserungen, die in einem Betriebe durch Arbeitermangel erreicht worden sind, wurden durch Antritt eines neuen Meisters illusorisch gemacht. Alle Kollegen, die in letzter Zeit hier in Arbeit traten, sind wieder enttäuscht von dannen gezogen.

Hamburg. (Vergolder.) In der Versammlung vom 28. April hielt Kollege Sauer einen interessanten Vortrag über den 1. Mai. Sodann gab Kollege Franke den Bericht von der Branchenkonferenz. Nach längerer Diskussion wurde ein Antrag der Delegierten angenommen, der dahin geht, daß Verbandsmitglieder keine Mädchen und jugendlichen Arbeiter anlernen dürfen. Ferner wurde beschlossen, die Namen der neu aufgenommenen und zugereisten Kollegen in der Sektionsversammlung bekannt zu geben.

München u. T. Zu der hiesigen Filiale der Stuttgarter Möbelfabrik Epple u. Ege hörte jüngst ein Mitglied des christlichen Verbandes, namens Helzmann, auf, weil er zu wenig verdiene. Anstatt nun aber der Betriebsleitung den wahren Grund anzugeben, behauptete er dort dreist und gottesfürchtig, er sei von seinen Nebenkollegen schikaniert und von der Arbeit abgehalten worden, weil er nicht in unseren Verband eintreten wollte. Dieser christliche Geld hat sich wohl geschämt, einzugestehen, daß seine geringe Arbeitsleistung und der Umstand, daß er sich im Akkordsystem der Fabrik nicht auskannte, seinen Arbeitswechsel veranlaßte. Die Betriebsleitung will nun nachträglich über die von dem Denunzianten angegebenen Arbeiter zu Gericht sitzen. Dabei sollte man aber nicht bloß den Kläger, sondern auch den Angeklagten vorher gehört haben. Uebrigens macht es keinen guten Eindruck, wenn man immer nur für Betrüger und Denunzianten ein williges Ohr hat. In der Poliererei dieses Betriebes hat es den Anschein, als ob mit dem neuen Woltermeister nun die alten Polierer überflüssig geworden sind und man diese allmählich abschieben wollte. Etwas Zurückhaltung kann diesem Herrn nur empfohlen werden. Der 1. Mai wurde diesmal geschlossen von den Arbeitern des Betriebes gefeiert; dazu beigetragen hat die Betriebsleitung selbst, indem sie jeden Tag eine schärfere Warnung an das schwarze Brett heftete, so daß dies dem rückständigsten Arbeiter zuwider wurde. Von 125 Beschäftigten haben 116 durch Arbeitsruhe gefeiert. Sie wurden dann bis 5. Mai ausgesperrt. Dies hat aber die Einigkeit der Kollegen nicht gelockt, sondern die Aussperrung hat einem jeden Kollegen gezeigt, daß der Arbeitgeber kein Mittel spart, um die Rechte der Arbeiterkraft niederzuknüeten. Deshalb hat sich ein jeder gelockt, fester und geschlossener zusammenzuhallen als wie vorher, denn nur Einigkeit führt zum Ziel.

München. (Vergolder.) In einer sehr auf besuchten Versammlung gab der Delegierte den Bericht von der Branchenkonferenz. Kollege Martin bedauerte, nicht heute schon einen genauen Bericht geben zu können, da die Vorbereitung zu dieser Konferenz mangelhaft gewesen sei. Während früher auf unseren Verbandstagen die Anträge, sowie die Berichte der Delegierten und der Zentralkommission im Druck vorlagen, war das diesmal leider unterlassen worden. Infolge der mündlichen Berichterstattung sei viel kostbare Zeit verloren gegangen. Weiter haben die vielen Referate den Löwenanteil der Zeit auf der Konferenz beansprucht. Dadurch seien die Diskussionen meistens vorzeitig abgeschnitten worden. Erfreulicherweise ist seit dem Anschluß die Mitgliederzahl gestiegen. Die Nachnennergolderei sei überall stark zurückgegangen. An den meisten Orten sind Tarifverträge abgeschlossen. Auch der Arbeitsnachweis sei überall ausgebaut und haben sich reißende Kollegen unbedingt an denselben zu wenden. Bedauerlicherweise seien über die Filiale München verschiedene falsche Gerüchte nach Berlin gelangt, welche vom Kollegen Martin richtiggestellt wurden. Wegen der vorgeschrittenen Zeit auf der Konferenz konnten die hiesigen Verhältnisse in den Betrieben, sowie die Verhältnisse angelegenheit und Frauenarbeit und die verschiedenen Anträge nur noch kurz gestreift werden. Im allgemeinen sei auf der Konferenz viel mehr nützliche und praktische Arbeit geleistet worden wie auf allen unseren früheren Verbandstagen. Dieselbe habe es wieder einmal ermöglicht, über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse anderer Orte ausführlicher zu erfahren. Auch dürfte es dazu geführt haben, daß die Korrespondenzen sowie die Berichte der Zentralkommission öfter und ausführlicher erscheinen dürften, was dazu beitragen könne, daß eine Konferenz auf längere Zeit nicht mehr notwendig sei. Kollege Martin erklärte, daß die Delegierten von den Berliner Kollegen gut empfangen und untergebracht wurden. Anschließend wurde der Bericht der Tarifkommission erledigt. Nach einer vorherigen privaten Besprechung mit dem Ausschuß der freien Vereinigung der Vergoldermeister München wurde in zwei Sitzungen am Gewerbegericht auf 2 Jahre der Tarif für das Nachnennergoldergewerbe abgeschlossen. Derselbe enthält im wesentlichen die 52stündige Arbeitszeit, 55 Pf. Mindestlohn, für sämtliche Gehilfen eine sofortige Aufbesserung von 5 Pf. die Stunde, ab 1. Mai 1912 weitere 2 Pf. An den Vorabenden von Ostern, Pfingsten, Weihnachten und Neujahr wird bis um 12 Uhr durchgearbeitet und am Samstag ist um 4 Uhr Arbeitsschluß. Ueberstunden sind möglichst zu vermeiden und sind mit 50 Proz. Zuschlag zu bezahlen. Bei Einstellung ist der Arbeitsnachweis der Vergolder zu benutzen. Die Vorstempel werden vom Arbeitgeber geliefert; soweit ein Gehilfe weiteres Werkzeug liefert, erhält derselbe eine wöchentliche Entschädigung von 30 Pf. Mit einer Auforderung zur Feier des 1. Mai wurde die Versammlung geschlossen.

Seiffenensdorf. Hier hat die Firma Zimmermann, Pianofortefabrik in Leipzig-Eilenburg, ein neues Fabrikunternehmen erstanden. Da der Meister Hädel um Arbeit anfragende Kollegen nach der Organisationszugehörigkeit befragt und Organisierte zurückweist, und da ferner die bereits eingestellten Gesell-

Silberarbeiter den horrenden Stundenlohn von 28 Pf. erhalten, ist die lobwürdige Absicht der Firma erwiesen. Wir bitten alle Solgarbeiter, die Firma nicht zu überlaufen, zumal Einstellungen von Solgararbeitern erst in einiger Zeit erfolgen werden. Da die Kollegen in Leipzig vor dem Ablauf ihres Vertrages stehen, so dürfte die Firma von den Oberlausitzer Solgararbeitern vermuten, daß diese ihren Leipziger Kollegen in den Rücken zu fallen bereit sind. Die Lokalverwaltung ist jederzeit zur Beantwortung von Anfragen bereit.

Spaldingen. Bei der Firma Bühler wurde der Vertrauensmann der Zahlstelle entlassen. Auch am Vertrag wurde da und dort gerüttelt. Durch Vermittlung des Bauvorstandes wurde eine Einigung in allen Punkten erzielt und auch der entlassene Vertrauensmann wieder eingestellt, zum Leidwesen der Christen, die sich schon heimlich über die Maßregelung des Kollegen geäußert hatten.

Münchenden. Seit Ende Februar ist hier endlich auch die zehnstündige Arbeitszeit eingeführt. Zwei Betriebe bewilligten diese Neuerung ohne Streit, während bei Steinhilber u. Ederl erst zur Arbeitsniederlegung geschritten werden mußte, wobei leider noch ein Kollege namens Gotthold Single stehen blieb, trotzdem er vorher für alle Forderungen gestimmt hatte. Auf die geforderte Abschaffung von Kost und Logis ließ sich Herr Steinhilber nicht ein. Hier liegt aber vieles an den Kollegen mit, ist doch in diesem Betriebe die verpöbte Lohnhöhe von 2 Mk. bis heute noch nicht durchgeführt. Die Arbeiter dieses Betriebes sollten sich eben etwas rühriger zeigen und sich mehr am Verbandeseben beteiligen, dann könnte auch hier durchgeführt werden, was die anderen Werkstätten am Orte bereits haben.

Unsere Lohnbewegung.

In Warmen ist nunmehr die Arbeitseinstellung seitens der Landstuhlschreiner auf der ganzen Linie nahezu einheitlich erfolgt. Verhandlungen haben noch nicht stattgefunden; ein diesbezüglicher Versuch seitens der Arbeiter, noch bevor die Kündigung abgelaufen war, wurde seitens eines Arbeitgebers mit dem Hinauswurf der Kommission geahndet. Kollegen, meldet Warmen!

In Wunn geht der Streit bei der Firma Krübling (Mabierfabrik) in gewohnter Weise weiter. Herr Krübling nimmt sehr Zudringlichkeit zur Tagespresse, um seine ablehnende Haltung gegenüber den Wünschen der Arbeiter zu bekunden; einen Erfolg wird er damit nicht erzielen, dafür werden die Streikenden durch entsprechende Verantwortung schon Sorge tragen. Zugang ist streng fernzuhalten.

In Chemnitz ist der Streit der Modell- und Fabrikarbeiter, der im Anschluß an die Aussperrung in der Metallindustrie ausbrach, beigelegt. Erzielt wurde eine Verkürzung der Arbeitszeit auf 58 1/2 Stunden für die Betriebe, die bisher noch 59, 60 bis 62 Stunden arbeiteten. Neben dem Lohnausgleich für Verkürzung der Arbeitszeit erfolgt für Modellarbeiter, Modellmacher und Ausbaufabrikanten im Lohn bei 40 Pf. eine Lohnzulage von 6 Pf., bis 43 Pf. von 4 Pf., bis 46 Pf. von 4 Pf., bis 54 Pf. von 2 Pf., bei 55 Pf. von 1 Pf. Für die übrigen Drechsler und Maschinenarbeiter stellten sich die gleichen Zulagen bei 38, 40, 43, 46 und 50 Pf. Beide Stufenzulagen finden sowohl auf Lohnford als auch auf festen Akkord Anwendung. Meine Handarbeiter über 18 Jahre erhalten bis zu 34 Pf. 2 Pf., von 35 Pf. an 1 Pf. mehr. Wenn auch das Erreichte unsere Kollegen nicht befriedigen kann, so ist doch immerhin ein kleiner Fortschritt zu verzeichnen. In den Verhandlungen mit dem Bezirksverband der Chemnitzer Industriellen nahmen neben einer dreigliedrigen Kommission der Streikenden der Bauvorsteher Thielmann und unser Zahlstellenbeamter Werner teil. Endlich haben wir eine Anerkennung unserer Organisation erzwungen, und dies dürfte neben der Verkürzung der Arbeitszeit unser schönster Erfolg sein. Die Unternehmer verpflichteten sich, innerhalb vier Wochen die Streikenden wieder einzustellen. Aus diesem Grunde möchten wir die auswärtigen Kollegen bitten, wenigstens innerhalb dieser Zeit Chemnitz nicht zu überlaufen, damit die Wiedereinstellung der Kollegen glatt erfolgen kann.

In Detmold befinden sich in der Möbelfabrik von Gehlender Braun die Tischler und Maschinenarbeiter im Streit, weil die Firma den erst neu abgeschlossenen Vertrag nicht anerkennen will. Statt 3 Proz. Aufschlag auf die Akkordpreise sollen sich unsere Kollegen zunächst Abzüge von 20 bis 30 Proz. gefallen lassen. Die Firma verfuhr, in auswärtigen Zeitungen und durch Agenten Arbeitswillige heranzuziehen. Wir bitten die Kollegen allerorts, Arbeitsangebote nach hier abzulehnen.

In Dresden ist die Lohnbewegung der R o r b m a c h e r der Rohrmöbelfabrik Mag Poppel zugunsten der Kollegen beendet worden. Bewilligt wurde: ein Akkordtarif, 53stündige Arbeitszeit (bisher 55 Stunden) sowie Erhöhung der schlechten Akkordpreise. Der Mindeststundenlohn beträgt künftig 45 Pf. pro Stunde. Für Ueberstunden werden 15 Pf., Nacht- und Sonntagsarbeit 30 Pf. Aufschlag pro Stunde entschädigt. Die Stundenlöhne richteten sich nach dem durchschnittlichen Akkordverdienst des letzten Vierteljahres. Zur Regelung von Differenzen ist eine Kommission eingesetzt worden. Der abgeschlossene Vertrag hat Gültigkeit bis 15. April 1918.

In Durlach konnte der am 1. Mai abgelaufene Vertrag bei der Firma May wegen der Starrköpfigkeit des Fabrikanten noch nicht erneuert werden. Die Kollegen haben deshalb am 8. Mai ihre Kündigung eingereicht. Zugang ist streng fernzuhalten.

In Ebenkoben ist die Lohnbewegung beendet. Erreicht wurde die 57stündige Arbeitszeit mit Lohnausgleich und 2 Pf. Lohnhöhe pro Stunde. Auch wurden einige Verbesserungen eingeführt. In den Kollegen liegt es nun, treu zur Organisation zu halten, damit das Erreichte auch hochgehalten werden kann.

In Erdmannsdorf i. Riesengeb. ist in der Kontornöbelfabrik eine erfolgreiche Lohnbewegung durchgeführt worden. Diefelbe brachte 2 bis 3 Pf. Lohnhöhe, Verkürzung der Arbeitszeit von 58 auf 57 Stunden, Lohnzuschlag für Ueberstunden 10 Pf., für Nacht- und Sonntagsarbeit 20 Pf. pro Stunde, sowie Bestimmungen über die Lohnsicherung bei Akkord. Der Erfolg hätte mit

Beitraglichkeit noch besser sein können, wenn nicht gerade die älteren Kollegen als Einspänner liefen.

In Erlangen ist der Streit bei der Firma Dachauer u. Goldsieder durch Vermittlung des Gewerberats beigelegt worden. Es kam ein Vertrag zustande, durch welchen die Stundenlöhne um 5 Pf., die Akkordpreise um 8 Proz. erhöht wurden. Die Arbeiterinnen erhalten eine Zulage von 3 Pf. Für die Maschinenarbeiter, Anschläger und Frauen wurden Mindestlöhne festgelegt und sonstige Verbesserungen geschaffen.

In Frankenhäuser ist der Streit der K n o p f m a c h e r nach 11wöchiger Dauer beendet. Es ist den Streikenden nicht gelungen, ihre Forderungen durchzusetzen, trotzdem sie mit seltener Zähigkeit ausharrten. Von 402 Kollegen und Kolleginnen, welche in den Kampf traten, sind nur 15, zum größten Teil jugendliche Personen, wohl unter dem Einfluß ihrer Eltern, zum Streikbrecher geworden. Doch hatten sich einige „nüchtlige Elemente“, zumeist aus den umliegenden Ortschaften, gefunden, welche die angeschafften Maschinen bedienten. Aber auch diese hätten nicht den Anlaß gegeben, den Streit abzubringen. Maßgebend war der Streikleitung, daß nach Ueberbreitung der jetzigen Konjunktur der Streit noch einige Monate dauern müßte, dazu traten noch Erfahrungen auf anderen Gebieten. Die hiesigen Unternehmer hatten sich beim Ausbruch des Kampfes gegenseitig durch Wechsel verpflichtet, 3000 Mk. zu zahlen, wenn ein Fabrikant die Forderungen bewilligen würde. Den Fabrikanten ist der Pyrrhussieg, welchen sie errungen haben, recht teuer geworden, doch auch die Streikenden haben große Opfer gebracht. Einmütig wurde von den Streikenden 60 Pf. und von den in Arbeit stehenden Kollegen 1 Mk. pro Woche abgegeben, um die nicht vollberechtigten Kollegen zu unterstützen. Dazu hatten die Streikenden mit allen möglichen Schiffen zu kämpfen. Waffen, Polizei, Gerichte und bürgerliche Ortspatrioten, alles war gegen dieselben gerichtet. Sogar das alljährlich von den Esenonern und Gutspächtern zur Nacht abgegebene Land zum Kartoffelbau wurde den Streikenden diesmal verweigert. Doch alles das konnte die Kollegen in ihrem Mut nicht beeinflussen. Bis auf die letzte Minute wurde die Disziplin hochgehalten. So einstimmig wie vor 85 Wochen der Beschluß, die Arbeit einzustellen, so einstimmig wurde der Beschluß zur Arbeitsaufnahme gefaßt. In dem Abkommen, welches zwischen den Parteien getroffen ist, wurde festgelegt, daß bis zum 1. Oktober 1911 die Akkordlöhne geregelt und Tarifverträge abgeschlossen werden sollen. Für Lohnarbeiter wird vor Aufnahme der Arbeit der Lohn vereinbart. Die Fabrikanten erkennen also an, daß Lohnregelungen nötig sind, und doch ließ man die Arbeiter 85 Wochen im Kampfe verharren. Sollten die Unternehmer ihr gegebenes Wort nicht einhalten, so werden die Kollegen die Zeit benutzen, um ihre Rechte zu wahren, damit auch endlich in dieser von der Heimarbeit heimgesuchten Branche ordentliche Lohn- und Arbeitsverhältnisse geschaffen werden. Wir wissen, daß der Verband Großes für uns getan, auch die Arbeiterschaft Deutschlands hat anlässlich der Weihnachtsfeier ihre Solidarität gezeigt; das wird von keinem der Streikenden vergessen werden. Unseren Kollegen aber rufen wir zu: „Nicht verzagt! Vorwärts mit festem Mut zu neuem Kampf!“ Da noch 60 Kollegen ohne Arbeit sind, ist der Zugang vorläufig noch fernzuhalten.

In Frommern bei Völklingen haben unsere Kollegen in der Möbelfabrik von Friedrich Erhard die Arbeit niedergelegt, weil der Fabrikant Verhandlungen mit den Organisationsrat ablehnt. Der Konflikt entstand durch Einführung einer Abputzmaschine, weil verhältnismäßig hohe Abzüge von den Akkordpreisen vorgenommen wurden. Von 22 Schreibern blieben nur 2 stehen, die mit 60 ungelerten Tageslöhnen, Maschinenarbeitern und Polierern den Betrieb aufrecht erhalten sollen. In der Filiale U p i r s b a c h, welche sich diese Firma erst vor einigen Monaten eingekauft hat, erklärten sich die Kollegen solidarisch und legten von 17 dort insgesamt beschäftigten Arbeitern 14, darunter sämtliche Schreiner, die Arbeit nieder. Die meisten sind bereits anderweitig untergebracht. Zugang ist fernzuhalten.

In Großröhrsdorf in Sachsen sind die Kollegen in der Tisch- und Möbelfabrik Menzel in eine Lohnbewegung eingetreten. Da die Firma sich um Arbeitskräfte bemüht, bitten wir die Kollegen, dies beachten zu wollen.

In Schwab. Hall wurde mit den Schreinermeistern eine Vereinbarung getroffen, nach welcher die Arbeitszeit sofort von 40 auf 58 Stunden herabgesetzt wird. Die derzeitigen Löhne werden sofort um 3 Pf. pro Stunde, ab 1. Mai 1912 um weitere 2 Pf. pro Stunde erhöht. Die Mindestlöhne betragen für Arbeiter über 21 Jahren 37 Pf., ab 1. Mai 1912: 38 Pf. pro Stunde; für Arbeiter unter 21 Jahren 34 Pf., ab 1. Mai 1912: 35 Pf. Für Ueberstunden werden 10 Pf., für Nacht- und Sonntagsarbeit 20 Pf. pro Stunde Zuschlag bezahlt. Kost und Logis beim Meister ist abgeschafft, doch kann bei Arbeitern bis zum 18. Lebensjahre solches vereinbart werden. Bei Außenarbeiten im Bau werden pro Stunde 4 Pf., ab 1. Mai 1912: 5 Pf. Zuschlag bezahlt. Den bisherigen Arbeitsverhältnissen gegenüber ein schöner Erfolg, der nur der Geschlossenheit der Kollegen zu danken ist.

In Hamburg sind nunmehr unsere Kollegen zu einem weiteren Angriff vorgegangen. Seither waren bekanntlich nur wenige Betriebe in den Streit getreten, während eine größere Anzahl Betriebe ausgesparten. Eine Versammlung der Zahlstelle beschloß am 8. Mai, nunmehr in allen Betrieben, welche die Forderungen nicht anerkennen, die Arbeit einzustellen. Die Ortsverwaltung wurde beauftragt, die Erhebung eines Extrabeitrages von den in Arbeit stehenden sowie die Gewährung einer Mietunterstützung an die Streikenden in Erwägung zu ziehen. Inzwischen wird die Zahl der Arbeitgeber, welche den von unseren Kollegen vorgeschlagenen Vertrag anerkennen, immer größer. Bis zum 6. Mai hatten 155 Firmen mit 1088 Arbeitern die Unterschrift geleistet, so daß der Kampf in diesen Betrieben erledigt ist.

In Seilbronn ist der Streit der Bau- und Möbelschreiner beendet und wurde am 2. Mai die Arbeit wieder aufgenommen. Erreicht ist 6 Pf. Lohnhöhe, zwei Stunden Arbeitszeitverkürzung und Mindestlöhne für 19 bis 24 Jahre alte Schreiner und Maschinenarbeiter von 38 Pf., über 24 Jahre alte Arbeiter von 43 Pf. 1012 und

1918 erhöhen sich die Mindestlöhne um je 1 Pf. Die Zulagen für auswärtige Arbeiten werden auf 1,50 Mk., bei Uebernachten auf 2,50 Mk. erhöht. Da verschiedene Meister ihre Betriebe verkleinern wollen und deshalb nicht mehr alle Arbeiter beschäftigt werden sollen, wird es gut sein, wenn reisende Kollegen in der ersten Zeit Seilbronn nicht zu sehr überlaufen.

In Saakens in Sachsen sind die Tischler in eine Lohnbewegung eingetreten. Trotzdem die Arbeitszeit noch 64 Stunden beträgt, hat der Innungsvorsitzende ein Entgegenkommen abgelehnt. Unter diesen Umständen dürfte es zum Streit kommen, und bitten wir, Saakens zu meiden.

In Vilsbiburg ist der Streit bei der Möbelfabrik Rauch zugunsten der Schreiner erledigt. Rauch hat die Vereinbarungen durch Unterschrift anerkannt und seine Leute wieder eingestellt. Die Beilegung erfolgte im Rathaus im Beisein des Bürgermeisters.

In Wiegitz ist die Aussperrung der Bautischler, die nunmehr schon 14 Wochen dauert, noch nicht beendet. Doch kommen immer mehr Unternehmer zu der Erkenntnis der Zwecklosigkeit ihres Handelns, und demzufolge findet einer nach dem anderen den Weg zu den Aussperrten, um deren Forderungen zu unterschreiben. Die so heißt begehrte Streikbrecherware ist nicht in dem gewünschten Umfange und in noch viel geringerer Qualität zu erreichen gewesen, trotzdem man denselben 30 Mk. und noch mehr Verdienst pro Woche zusicherte. Wenn angesichts solcher Angebote unsere ausgesperrten Kollegen zu der Ansicht kommen, daß ihre Forderungen noch viel zu niedrig bemessen sind, so ist das gewiß sehr begreiflich. Zugang ist auch weiter fernzuhalten.

Ein 14tägiger Streit unserer Kollegen in der Bugsmöbelfabrik von S. G ä r t n e r ist für uns mit gutem Erfolg beendet worden. Die Ursache des Streiks lag darin, daß den Kollegen Desizits aufgerechnet wurden, die bei Akkord entstanden, wo solche nach dem bestehenden Vertrag eigentlich gar nicht entstehen dürften.

In Ludwigsbürg fordern die Kollegen die Einführung der 10stündigen Arbeitszeit mit Lohnausgleich, 5 Pf. Zuschlag pro Stunde, Mindestlohn von 40 Pf. sowie Regelung der Ueberzeitarbeit. Während bei einer größeren Firma diese Forderungen in großen und ganzen anerkannt wurden, lehnten die Unternehmer von der freien Schreinermeisterinnung diese rundweg ab. Unsere Kollegen sind auf dem Posten, wenn sie auch ferner fest zusammenhalten, kann ein Erfolg nicht ausbleiben. Die Kollegen allerorts aber ersuchen wir, Ludwigsbürg vorläufig zu meiden.

In Leubsdorf geht der Streit unberändert fort. Der Vorsitzende der Arbeitgeberorganisation hat nunmehr als Grund der Ablehnung jeder Verhandlungen angegeben, daß es den Arbeitern nicht um eine Verbesserung ihres Einkommens zu tun sei, sondern um die Meisttagswahl vorzubereiten. Wir bitten, jeden Zugang fernzuhalten und offene Arbeitsstellen für Tischler, Maschinenarbeiter und Holzwarenarbeiter dem Bevollmächtigten zu melden, da selbst die verheirateten Kollegen zur Abreise bereit sind.

In Mannheim-Ludwigshafen ist die Aussperrung der Maschinenarbeiter in den H o b e l w e r k e n nach vierwöchiger Dauer beendet. Es wurde unter Vermittlung des Gewerbegerichts vorsitzenden, Herrn Rechtsrat Dr. Erdel, ein neuer Vertrag auf vier Jahre abgeschlossen, der eine Lohnhöhe von 6 Pf. während der Vertragsdauer vorsieht, und zwar 2 Pf. sofort und 1 Pf. für jedes weitere Jahr. Die Verkürzung der Arbeitszeit von einer Stunde pro Woche war nicht zu erreichen, da im ganzen Hafengebiet noch die 9 1/2 bis 10stündige Arbeitszeit vorhanden ist, während in den Hobelwerken nur 9 Stunden gearbeitet wird. Als weiteren Erfolg haben wir unter anderem noch zu verzeichnen, daß die Arbeitszeit nicht unter acht Stunden verkürzt werden darf. Diese Bestimmung war notwendig, da die Arbeitgeber in den letzten Jahren bei schlechtem Geschäftsgang die Arbeitszeit im Winter bis zu 6 Stunden herabgedrückt haben, um so die Lohnhöhe, welche sich die Arbeiter errungen, wieder illusorisch zu machen. Auch die Getreide- und Stützgutfirmen, welche den Anlaß zu der Aussperrung gegeben haben, mußten weit höhere Zugeständnisse machen, als sie es vor dem Kampfe getan haben. An den Kollegen wird es nun liegen, nicht nur das Erreichte hochzuhalten, sondern auch mitzuhelfen an dem Ausbau der Organisation. Weiterführend war das Verhalten der Christen bei dem Kampf. Als die Unterhandlungen schon im Gange waren, fragte die Zahlstelle des christlichen Verbandes an, ob man ihr eine Vertretung bei den Verhandlungen gestatten und sie zur Unterzeichnung des abzuschließenden Vertrages zulassen würde. Darüber wäre zu reden gewesen, wenn Christen in nennenswerter Zahl beteiligt gewesen wären. Tatsächlich gibt es aber in den Hobelwerken keine christlich organisierten Solgarbeiter. Auf unsere Frage, wieviel Christen bei der Bewegung in Betracht kommen und in welchen Betrieben diese beschäftigt werden, wußte die christliche Verbandsleitung keine Antwort zu geben. Wir haben deshalb auf ihre gültige Mitwirkung verzichtet, und es ist auch so viel besser gegangen.

In Mühlheim a. Donau wurde in der Uhrenfabrik Müller u. Cie. durch gemeinsames Vorgehen beider Verbände (die Hälfte der in Betracht kommenden Solgarbeiter ist christlich organisiert) eine Erhöhung der Stundenlöhne um 2 Pf. und der Akkordpreise um 5 bis 10 Proz. erzielt. Sind die Zugeständnisse auch minimal, so hat der erzielte Erfolg insofern Bedeutung, als sonst in der Uhrenindustrie die Organisation als Vertretung der Arbeiterschaft nicht anerkannt wird. Ueberdies handelt es sich um einen kleineren Betrieb, der gegenüber der technisch überlegenen Konkurrenz der großen Fabriken anzukämpfen hat. Die Großbetriebe des Schwarzwaldes könnten mit Leichtigkeit wesentlich größere Zugeständnisse machen, solange jedoch die dort beschäftigten Arbeiter in ihrem Indifferentismus der Organisation gegenüber verharren, fühlen sich die Herren Fabrikanten, zum Teil mehrfache Millionäre, nicht veranlaßt, zeitgemäße Arbeitsbedingungen einzuführen.

In Neu-Isenburg befinden sich die Schreiner und Maschinenarbeiter der Weilmöbelbranche in einer Lohnbewegung. Gefordert wird ein Tarifvertrag auf 4 Jahre und 9 1/2stündige Arbeitszeit. Am 3. Mai haben bereits

Unterhandlungen stattgefunden. Dieselben werden fortgesetzt und ist Aussicht vorhanden, daß die Bewegung auf gütlichem Wege beigelegt wird.

In Offenbach a. Main haben Verhandlungen mit dem Arbeitgeber-Schutzbund zur friedlichen Erledigung der Tarifbewegung und zum Abschluß eines Vertrages geführt. Erreicht wurde die sofortige Verkürzung der Arbeitszeit von 58 1/2 Stunden auf 55 Stunden mit Lohnausgleich und einer Lohnerhöhung von 2 Pf. pro Stunde, ab 1. April 1912 54 Stunden und 2 Pf. Lohnzulage sowie 1013 und 1914 je 1 Pf. Lohnzulage. Der Durchschnittslohn wurde auf 64 Pf., steigend während der Vertragsperiode auf 68 Pf., festgesetzt. Die Bewegung ist damit jedoch nicht erledigt, denn es gehören nur 18 Firmen, allerdings die größten, dem Schutzbund an. Es sollen nun auch die übrigen Firmen zur Annahme des Vertrages veranlaßt werden.

In Drauzenburg dauert der Streik der Tischler un- verändert fort. Bemilligt haben bis jetzt drei Arbeitgeber, bei denen die Arbeit wieder aufgenommen ist, auch sind einige Kollegen anderweitig untergebracht. Die übrigen Arbeitgeber werden wohl bald nachkommen. Bis jetzt ist es uns gelungen, die Werkstätten von Streikbrechern freizuhalten. Leider haben wir sehr unter dem Zuzug von reisenden Kollegen zu leiden und möchten deshalb bitten, daß die umliegenden Zahnstellen mehr für Fernhaltung des Zuzugs sorgen.

In Otschau hat die Firma Müller jedes Eingehen auf die gestellten Forderungen abgelehnt. Die übrigen Firmen haben sich mehr oder weniger entgegenkommend gezeigt, berufen sich aber noch auf die Firma Müller. Die Kollegen in diesem Betrieb haben infolgedessen die Arbeit eingestellt. Ob es in den anderen Betrieben zur Einigung kommt, ist noch ungewiß, doch bitten wir, jetzt jeden Zuzug von Otschau fernzuhalten.

In Osnabrück haben die mehrtägigen Verhandlungen vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichts zu einer Verständigung geführt. Die Lohnerhöhung während der Vertragsdauer soll 6 Pf. betragen und auf die Affordarbeiter sinngemäße Anwendung finden. Die Arbeitsaufnahme hat am 4. Mai begonnen, doch geht diese nur langsam vor sich. Am 7. Mai waren noch 20 Kollegen nicht eingestellt und außerdem standen noch drei Betriebe mit 27 Arbeitern ganz draußen. Darunter ist auch die Pianofabrik Rawie, die sich jetzt weigert, den Affordarbeitern entsprechend zuzulassen, trotzdem der Inhaber vor dem Einigungsamt erklärte, sich dem Vergleich fügen zu wollen. Jetzt will er im Lohn arbeiten lassen, bietet aber Sätze weit unter dem früheren Verdienst, das lehnen die Kollegen ab. Bis zur Erledigung der Differenzen sollte unser Ort nicht überlaufen werden.

In Passau konnte nach längeren Verhandlungen vor dem ggl. Bezirksamt eine Vereinbarung getroffen werden, nach der der Streik der Säger zu günstigem Abschluß gelangte. Die Arbeitszeit wird von 61 1/2 Stunden auf 59 Stunden verkürzt, die Affordsätze werden um 7 Proz. erhöht, und die Löhne erfahren eine sofortige Erhöhung um 140 Mt. durchschnittlich pro Woche, neben der Bewilligung einiger weiterer Forderungen der Arbeiter. Gegenüber den Löhnen in den übrigen Sägewerken bedeutet der Abschluß einen großen Erfolg; hoffentlich sehen dies die Säger baldigst ein und schließen sich gleichfalls dem Verbands an.

In Rabenau dauert der Streik der Stuhlbauer, Drechsler, Tischler, Maschinenarbeiter, Polierer und Hilfsarbeiter unverändert fort. Die Unternehmer machen die größten Anstrengungen, Arbeitswillige in die Betriebe zu bekommen, aber gelingen wird ihnen das nicht. Der Arbeitgeber-Schutzbund versendet nun schwarze Listen und droht den auswärtigen Unternehmern, die Streikende einstellen, mit Schadenersatzklagen. Man beschuldigt die Streikenden des Kontraktbruchs. Der Streik ist offensichtlich. Neben den Streikenden werden in der schwarzen Liste auch sämtliche Arbeitswillige und Kranke angeführt. Die Kollegen vermuten, daß es zu dem Zweck geschieht, um möglichst viel Unterstützung zu beziehen. Trotz alledem geht die Unterbringung der Kollegen flott von statten. Die Zahl der Streikenden verringert sich von Woche zu Woche. Die Situation der Kollegen wird dadurch immer günstiger. An alle auswärtigen Kollegen und Verwaltungen richten wir die dringende Bitte um strenge Fernhaltung des Zuzuges.

In Rosenheim fanden am 2. Mai Verhandlungen mit den Meistern statt, die jedoch mangels genügender Zugeständnisse ergebnislos verliefen. Am andern Tage bewilligte die Orgelbauanstalt von J. Gahl die Forderungen der Gehilfen. Der Stand des Streiks ist ein guter, Streikbrecher sind keine vorhanden, die Firma Riegauer hat sogar ihre 25 Jahre im Betriebe um täglich 2 Mt. frondenden alten Leute aus Pfaster gesetzt. Wenn der Zuzug von Schreimern nach Rosenheim so wie bisher ferngehalten wird, dann ist der Erfolg auch dieser Lohnbewegung in sicherer Aussicht.

In Schwabach wurde durch Unterhandlungen mit der Schreinerinnung ein Vertrag auf vier Jahre abgeschlossen. Die Arbeitszeit wurde sofort von 58 auf 56 1/2 Stunden verkürzt, die Löhne um 5 Pf. pro Stunde erhöht. Außerdem wurden Mindestlöhne, Ueberstunden- und Montagegelder festgelegt.

In Singen haben die Schreiner einen neuen Tarif an die Unternehmer eingereicht. Verlangt wird eine Arbeitszeitverkürzung von täglich einer halben Stunde und Erhöhung der bisher bezahlten Stundenlöhne um 5 Pf. Die Unternehmer verhalten sich ablehnend. Aus diesem Grunde reichen sämtliche Kollegen die Kündigung ein. Wir ersuchen um Fernhaltung des Zuzuges, bis wieder getragene Zustände herrschen.

In Sulingen ist der Streik der Tischler mit vollem Erfolg für unsere Kollegen beendet. In einer Unterhandlung, die am 5. Mai im Hause des Gaudorferhebers stattfand, haben die Arbeitgeber Haake und Müller die gleichen Bedingungen zugestanden, die Rehling schon 14 Tage früher gemacht hatte. Es wurde ein Vertrag bis 1. April 1914 abgeschlossen, nach welchem der Mindestlohn sofort von 38 auf 40 Pf. erhöht wird. Er steigt am 1. August dieses Jahres auf 42 Pf. Am 1. April 1912 wird die Arbeitszeit von 10 auf 9 1/2 Stunden verkürzt und der Mindestlohn auf

44 Pf. gestellt. Die bestehenden Löhne werden an den genannten Daten jeweils um 2 Pf. erhöht.

In Wolfenstein in Sachsen sind die Tischler der Gebr. Eich am Bahnhof, in den Streik getreten. Die Kollegen bitten um Fernhaltung des Zuzuges.

In Worms haben die Kollegen am 28. April die Kündigung eingereicht, die am 11. Mai abläuft. Bei der Eigenart der Betriebe mußte aber mit der Arbeitseinstellung vielfach schon früher begonnen werden, so daß sich bereits am 7. Mai circa 200 Kollegen im Streik befanden. Zuzug ist fernzuhalten.

In Wulsdorf währt der Abwehrstreik der Korbmacher nun schon 7 Wochen. Ein kleiner Betrieb hat die Abzüge zurückgenommen, während bei den übrigen noch keine Aussicht auf Verringerung der Differenzen bestehen. Die Streikenden wollen nun sämtlich abreisen und ersuchen deshalb, offene Arbeitsstellen an Kollegen W. Madenroth, Wulsdorf bei Westermünde, Weserstraße 57-11, mitzuteilen.

In Zerbst haben nun auch die beiden Firmen Kleinode ein solches Entgegenkommen gezeigt, daß daraufhin in beiden Betrieben am 8. Mai die Arbeit wieder aufgenommen worden ist. Bei der einen Firma bleibt die 67stündige Arbeitszeit entgegen dem Beschluß des Arbeitgeberverbandes, daß sie auf 60 Stunden erhöht werden solle, bestehen, und bei der anderen wird die bisherige 60stündige auf 59 Stunden pro Woche verkürzt. Die Lohnerhöhung beträgt bei der einen 8 bis 5 Pf. und bei der anderen 8 bis 7 Pf.; entsprechend sind auch die Affordpreise erhöht worden. Der Minimallohn ist für beide auf 30 Pf. ausgemacht, und ebenfalls traten auch die mit den Tischlermeistern vereinbarten Zuschläge für Ueberstunden in Kraft. Dieses Resultat hätte sich sehr wohl ohne den vierzehntägigen Streik erreichen lassen, wenn der Zerbster Arbeitgeberverband sich nicht berufen gefühlt hätte, seine Nase in die Angelegenheit zu stecken.

Ausland.

In Paris befinden sich die Möbeltischler seit sechs Wochen im Kampf um den Neunstundentag. In manchen Werkstätten, wo die Kollegen nach neunstündiger Arbeit die Werkstatt verlassen, wurden sie ausgesperrt. Der Kampf ist bei der Schwäche der Organisation recht schwer und es muß deshalb dringend darum gebeten werden, jeden Zuzug fernzuhalten.

In Zürich dauert der Kampf für den freien Samstag nachmittag unverändert fort. Bis jetzt haben 20 Firmen mit rund 350 Arbeitern die Forderung bewilligt und Verträge mit den Arbeitern abgeschlossen. — Der Streik in der Jentrefabrik Kiefer in Wollishofen weist ebenfalls keine Veränderungen auf. Der Inhaber sucht dadurch Arbeiter heranzulocken, daß er bekanntmacht, der Streik sei beendet. Dies trifft aber nicht zu. Zuzug ist fernzuhalten.

Aus der Holzindustrie.

Konferenz der Pantinenmacher.

Wie schon kurz in Nr. 17 der Holzarbeiter-Zeitung berichtet, fand am 28. April in Lehrte eine Zusammenkunft der Pantinenmacher statt. Hierzu hatten Vertreter entsandt die Kollegen aus Wewensen, Gifhorn, Hannover, Lehrte, Meinerßen, Oldenburg, Weine und Winsen a. d. L. Die größte Interesse für die Pantinenmacher hatte die Lokalverwaltung von Hannover dadurch bewiesen, daß sie ihren Vorsitzenden, Kollegen Bahner, zu der Konferenz entsandt hat. Vom Gauvorstand war Kollege Woltmann und im Auftrage des Verbandsvorstandes Kollege Schacht erschienen.

Die Kollegen von Weine hatten die Zusammenkunft arrangiert und, was hervorgehoben werden muß, sich mit erfreulichem Eifer um das Gelingen der Konferenz bemüht.

Kollege Bod-Weine begrüßte die Erschienenen und wies darauf hin, daß es gelte, Stellung zu nehmen zu den die Pantinenmacher betreffenden Vorgängen in letzter Zeit, zumal ja, wie schon in einem Bericht in Nr. 14 der Holzarbeiter-Zeitung zum Ausdruck gekommen, die Lage der Pantinenmacher keine rosig sei. Unter diesen Umständen haben es die Weiner Kollegen für geboten gehalten, möglichst schnell Stellung zu nehmen zu dem Vorschlag des Herrn Paul Grube aus Osterburg. Dieser Agitator für den Meisterverband sei auch zu der Konferenz eingeladen, jedoch nicht erschienen. Von Bedeutung sei auch, daß nach einer Mitteilung die Hamburger Kollegen sich schon damit befaßt haben sollen, einen eigenen Verband zu gründen, daher sei auch diese Frage zur Tagesordnung gestellt.

Nachdem sich Kollege Bod eingehend zu dieser letzten Frage geäußert und die Ansicht vertreten hatte, daß es leichter möglich sein dürfte, die jetzt der Organisation noch Fernstehenden für ihren eigenen Verband zu gewinnen, zumal abdann die Agitation mehr geschehen könne als im Holzarbeiterverband, sprachen sich noch mehrere Kollegen teils für, teils gegen diese Ausführungen aus. Bedauert wurde auch, daß die Kollegen aus Celle nicht vertreten waren. Kollege Schacht bedauert, daß man übereilig mit der Einderung der Konferenz vorgegangen sei; es wäre sicher ein besserer Versuch und eine erspriechlichere Verhandlung erreicht worden, wenn zu einer Konferenz mit Hilfe der Verbandsinstanzen besser vorgegearbeitet worden wäre. Die Gründung einer Sonderorganisation könne nach den auf gewerkschaftlichem Gebiet gemachten Erfahrungen nicht empfohlen werden, weil eine solche, der Zahl der Beschäftigten entsprechend nur kleine Organisation wie launspäßig werden könne, denn nur ein einziger Großbetrieb brauche mit einer Aussperrung zu drohen, wenn in einer größeren oder geringeren Zahl von Kleinbetrieben die Kollegen Forderungen stellen würden, und sofort müßte die kleine finanzschwache Organisation zu Kreuze kriechen. Im Holzarbeiterverband sei derartiges aber nicht zu befürchten. Man solle sich auch nicht täuschen über die Zahl der beschäftigten Holzschuh- und Pantinenmacher. Jedenfalls hätten manche Kollegen die Gründung einer eigenen Organisation bei der von Herrn Grube Osterburg angegebenen Zahl der Beschäftigten nicht möglich gehalten, ohne zu bedenken, daß die Zahl nicht zureichend sei. Die Zahl der gelernten Pantinenmacher sei infolge der Ausdehnung der Großbetriebe, speziell der Hölzer-

fabriken, zurückgegangen. Die in Hölzfabriken Tätigen seien vielfach keine Pantinenmacher und würden infolgedessen in der Verbandsstatistik auch nicht als solche geführt. In der Agitation habe der Holzarbeiterverband noch nie die kleinen Branchen vernachlässigt, erforderlich sei jedoch, daß die Kollegen sich auch selbst bemühen. Nachdem sich noch Kollegen aus Weine, Meinerßen, Winsen und Hannover zu der Frage geäußert, wobei wiederholt zum Ausdruck gekommen, daß man recht gern und leicht an eine recht große Zahl der Berufskollegen glaubt, konnte Kollege Woltmann spezielle Angaben über die im Gau Hannover beschäftigten Pantinenmacher machen und unter Hinweis auf diese Zahlen den Kollegen vor Augen führen, daß die Interessen der Pantinenmacher im Holzarbeiterverband viel wirksamer vertreten werden als dies in einer Sonderorganisation möglich sei.

Hierauf einigten sich die Kollegen auf folgende Resolution: Die heute in Lehrte versammelten Pantinenmacher halten eine energische Agitation für den Deutschen Holzarbeiterverband unter den Berufskollegen für erforderlich, um bald dahin wirken zu können, daß die traurige Lage der Kollegen verbessert werden kann.

Um praktisch im Sinne der Resolution zu wirken, erklärten sich drei Kollegen unter Zustimmung der Versammelten bereit, je in einem Bezirk in Verbindung mit den Verbandsinstanzen für die Agitation zu arbeiten.

Kollege Schacht ersuchte nun die Kollegen, fleißig zu arbeiten, um die uns noch Fernstehenden zu gewinnen; der Verbandsvorstand werde, wenn er sehe, daß die Kollegen sich rühren, sicher bereit sein, sobald genügend Material vorliege, mit einem Flugblatt die Agitation unter den Pantinenmachern zu unterstützen.

Die Maifeier hat nach den Berichten in der Tagespresse überall unter lebhafter Beteiligung der Arbeiterschaft stattgefunden. Vielfach wird gemeldet, daß die Zahl derjenigen, welche den 1. Mai durch Arbeitsruhe bezeugen, gegen frühere Jahre eine bedeutende Steigerung erfahren hat. Die Aussperrungsandrohungen, welche sich die Unternehmer in verschiedenen Industriezweigen leisteten, haben in der Regel die beabsichtigte Wirkung nicht gehabt. Bekanntlich hat auch der Arbeiterschutzbund für das Holzgewerbe auf seiner letzten Generalversammlung den Beschluß erneuert, nach welchem Arbeiter, welche am 1. Mai feiern, auf mindestens drei Tage auszusperrt sind. Dieser Beschluß ist natürlich in der „Jahreszeitung“ in Erinnerung gebracht worden, welcher auch wiederum ein in den Werkstätten auszuhängendes Plakat beigelegt war, durch welches den am 1. Mai Feiernden die sofortige Entlassung angedroht wurde. Wir haben von diesen Spundgebungen der Unternehmer bisher keine Notiz genommen, denn es ist selbstverständlich, daß derartige Drohungen die Entschlüsse unserer Kollegen nicht beeinflussen können. Tatsächlich haben auch die Kollegen in den meisten Großstädten und in vielen kleineren Orten den 1. Mai durch Arbeitsruhe bezeugt.

Ueber die Beteiligung der Holzarbeiter an den Tagesveranstaltungen an den einzelnen Orten liegen nur wenige zahlenmäßige Angaben vor; in den Berichten wird aber vielfach hervorgehoben, daß die Holzarbeiter dabei ein großes Kontingent stellten. Zählungen finden in Leipzig statt, wo in den Vormittagsversammlungen durch eine Kartenkontrolle die Organisationszugehörigkeit der Teilnehmer festgestellt wird. Diesmal bekannten sich 1027 Versammlungsteilnehmer als Mitglieder des Holzarbeiterverbandes. In Berlin werden die Vormittagsversammlungen von den Gewerkschaften arrangiert. Als Sammelplatz der Holzarbeiter gilt schon seit langem das Miesenerstabillement zur „Neuen Welt“, wo jeder Besucher eine Kontrollkarte erhält. In diesem Jahre konnten der Saal und der große Garten den Andrang kaum fassen. Die Kartenkontrolle ergab 22.180 Besucher der Veranstaltung.

Inwiefern die Unternehmer ihre Aussperrungsandrohungen wahrgemacht haben, läßt sich noch nicht übersehen. Der Umstand, daß den Maiausgesperrten eine Unterstützung aus der Hauptkasse nicht gewährt wird, hat wohl zur Folge gehabt, daß Meetings nur spärlich beim Verbandsvorstand eingegangen sind. Soweit bisher bekannt ist, wurden in Berlin 6768 Kollegen ausgesperrt, ferner wurden Aussperrungen gemeldet aus Bremen, Hannover, Augsburg, Riechheim u. T. und Staßfurt. In Braunschweig sind bei den Tischlermeistern, Korbmachern und Bürstenmachern keine Aussperrungen zu verzeichnen, dagegen sind unter den insgesamt 1900 Mann, die in der Mühlenbauanstalt Amme, Wiejede u. Ronagen auf neun Tage ausgesperrt wurden, 278 Holzarbeiter, wozu noch 12 Kollegen kommen, die in anderen Betrieben der Metallindustrie von der Aussperrung betroffen wurden.

In Hannover bestand bei den Kollegen im allgemeinen keine Neigung zur Feierr, sie verlangten aber die Entfernung des vom Schutzbund ausgehängten Plakats. In den meisten Betrieben wurde dem Verlangen entsprochen, so daß nur in 20 Betrieben, deren Inhaber das Plakat hängen lassen, gefeiert wurde. Von der Aussperrung wurden 351 Kollegen betroffen. Die örtlichen Macher des Schutzbundes scheinen sich mit großen Plänen getragen zu haben, denn in einer Arbeitgeberversammlung bemühten sie sich, einen Beschluß herbeizuführen, nach welchem am Montag auf der ganzen Linie auszusperrt ist, falls die Ausgesperrten nicht am Freitag zur Arbeit zurückkehren sollten. Als eine Provokation nach dieser Richtung wurde es aufgefaßt, daß die Bureaudefabrik Dyes am Donnerstag, den 4. Mai, ihren 94 Arbeitern durch Einschreibebrief die Entlassung ins Haus schickte. Dieses Vorgehen wird von unseren Kollegen als Vertragsbruch angesehen, gegen welchen entsprechende Maßnahmen zu ergreifen sind.

Auch aus Landsherg a. B. wird berichtet, daß die Arbeiter der Modellfabrik, die allein die Arbeit hatten ruhen lassen, auf 5 Tage ausgesperrt wurden. — Diese Liste ist ja schließlich vollständig, wir gedenken aber später, wenn sich der Umfang der Maifeier seitens unserer Kollegen und deren Folgen vollständig übersehen lassen, noch einmal darauf zurückzukommen.

Der Hirsch-Dundersche Gewerbeverein hat seine Jahresabrechnung nicht veröffentlicht, aber in der Nr. 18 wird im Anschluß an die Mitteilung, daß er den Ortsvereinen zugegangen sei, der Jahresabschluss einer Besprechung unterzogen. Auf die in dieser Besprechung zitierten Zahlen einzugehen, verlohnt sich, da es sich um unvollständige und unkontrollierbare Angaben handelt, aus denen überdies nicht ersichtlich ist, aus welchen verschiedenen Klassen-einrichtungen die Zahlen zusammengezogen sind. Bemerkenswert ist nur das Zugeständnis, daß die Mitgliederzahl des Gewerbevereins zur rückgegangenen ist. Diese blamable Tatsache, daß in einer Zeit des Aufschwunges, in welcher ein allgemeiner Fortschritt der Gewerkschaftsbewegung zu konstatieren ist, die Schwundlust der Hirsche sich fortentwickelt hat, drückt die "Eiche" so aus: "Die Fluktuation war auch im verfloßenen Jahre so groß, daß von einem Gewinn nicht zu reden ist." Angaben über die Mitgliederzahl werden nicht gemacht, doch darf aus den an das "Reichsarbeitsblatt" gelieferten Daten über die Arbeitslosigkeit in der Organisation geschlossen werden, daß die Mitgliederzahl des Gewerbevereins im Jahre 1910 von 6922 auf 6006 zurückgegangen ist. Diese Entwicklung nach rückwärts hält übrigens auch im laufenden Jahre an, denn für den Schluß des ersten Quartals ist die Mitgliederzahl des Gewerbevereins im "Reichsarbeitsblatt" auf 6002 angegeben.

Der Hirsch-Dundersche Gewerbeverein der Holzarbeiter ist als unheilbarer Schwundstich verfallen. Nicht einmal die zärtliche Fürsorge gewisser Unternehmer, welche die Hirsche in ihr Netz geschlossen haben, kann es verhindern, daß es mit dem Vereinchen reißend bergab geht. Je mehr es aber mit der Kraft abwärts geht, desto mehr entwickelt sich das Maulwerk der Hirsche. Es sind jedoch nur ganz Dumme, denen der Hirsch-Dundersche Theaterdonner imponiert. Wer nur einen kleinen Blick hinter die Kulissen geworfen hat, lächelt über die hohlen Deklamationen der armen Narren.

Der Arbeitsmarkt in der Holzindustrie. Das "Reichsarbeitsblatt" berichtet, daß im Monat März im Bau-gewerbe die Beschäftigung im Anbetracht der Jahreszeit noch flau war. Als Ursache dieser Erscheinung wird mehrfach der knappe Baumgütermarkt bezeichnet. Die Bau-tätigkeiten Groß-Berlins mühten sogar eine Verschlechterung gegen die Lage im Februar feststellen. Auch aus der Möbel-fabrikation klangen die meisten Berichte über ungenügenden Geschäftsgang, nur wenige lauten günstiger. Gut beschäftigt waren die Sägewerke, die Holz-pflasterfabrikation, die Saloufie- und die Kistenfabrikation. Ein gleiches wird von der Klavierindustrie Westdeutschlands gemeldet. Der Schupverband dieser Branche klagt sogar über einen Mangel an guten, gelernten Arbeitern. In der Korb-macherei wurde das Geschäft durch die Osterinkäufe wie durch den im Frühjahr regelmäßig steigenden Bedarf an Garten- und Verandenmöbeln belebt. Ueber die Wurst-industrie berichtet Süddeutschland, daß gegen das Vorjahr eine Besserung zu erkennen sei und Aufträge reichlich vorhanden sind. Weibliche Arbeitskräfte werden stark verlangt. Die Schmir-industrie weist im allge-meinen eine bessere Beschäftigung als im Vormonat auf. Immer noch unbefriedigend war der Geschäftsgang im Eisenbahn-wagenbau und war ein Ueberangebot an Arbeitern vorhanden, während die Auto-mobil-werke Groß-Berlins zwar bei den ungelerten Arbeitern ebenfalls Ueberangebot hatten, bei gelernten Arbeitern jedoch über einen Mangel berichteten. Die Werkstätten der großen Reedereien waren im allgemeinen gut be-schäftigt, doch trat auch in einem Werke eine Verringerung der Arbeiterzahl ein.

Gewerkschaftliches.

Zum Vertrauensmann der Gewerkschaften verschiedener Organisationsrichtungen eignet sich am besten ein — Gelber. Diese prägnante Entdeckung haben die Hirsche gemacht. Im "Gewerbeverein" und auch in anderen Hirsch-Dunderschen Organen, übrigens auch in den christlichen Gewerkschaftsblättern entruht man sich über die Vorgänge bei der Wahl eines Arbeitsvermittlers für den kommunalen Arbeitsnachweis in Offenbach. Dort haben die freien Gewerkschaften beschlossen, ihre gut funktionierenden Branchenarbeitsnachweise zugunsten des zu errichtenden kommunalen Arbeitsnachweises aufzugeben unter der Voraussetzung, daß dieser völlig parteilich verfaßt wird, wogit auch die Wahl eines von den Gewerkschaften vorgeschlagenen Arbeitsvermittlers gehört. Im Verwaltungs-ausschuß, der aus je zwei Unternehmern und Arbeitern unter dem Vorsitz eines städtischen Beamten besteht, wurde nun zunächst der von den Arbeitgebern vorgeschlagene Kandidat gewählt. Bei der Wahl des zweiten Ver-mittlers, den nach der Verabredung die organisierten Ar-beiter stellen sollten, stimmten aber die beiden Arbeitgeber nicht für diesen, sondern für einen Gelben. Der Vor-sitzende enthielt sich der Abstimmung und ließ das Los entscheiden, welches zugunsten des Gelben gezogen wurde.

Auf so blöde Art liegen sich aber die Offenbacher Arbeiter nicht einfeisen. Das Gewerkschaftsblatt erklärt, daß es an diesem Arbeitsnachweis kein Interesse mehr habe, und die Stadtverordnetenversammlung, die in ihrer Mehr-heit aus Sozialdemokraten besteht, lehnte daraufhin das Gehalt für den zweiten Beamten ab. Darüber nun die Entrüstung im Lager der Hirsche und der Christen. Diese Sorte Arbeitervertreter würden es natürlich für ganz in der Ordnung halten, daß die Gewerkschaften den eigenen Arbeitsnachweis aufgeben zugunsten einer Arbeitsvermittlung, die von einem Unternehmervertreter und einem Gelben besorgt wird, der ebenfalls Unternehmerinteressen vertritt. Der "Gewerbeverein" meint nun zu der Frage: "Für den Posten eines Arbeitsvermittlers ist eigentlich ein Unorganisiert der geeignetste Person, da er die Ge-währ bietet, daß er über den Parteien steht und keine Richtung bevorzugt." Wir beneiden das Zentralorgan der Hirsche nicht um diese Auffassung, wir polemisieren auch nicht dagegen, es genügt, daß man diese Hirsch-Dundersche Leistung niedriger hängt.

Einen guten Gedanken nennt die scharfmacherische "Post" den vom Landwehr- und Kriegerverband Varmen

verfolgten Plan der Gründung einer "deutschnationalen Klasse für ausgeperrte arbeitswillige Kameraden". "Die Klasse soll", wie es in dem Bericht heißt, "den Mitgliedern im Falle einer Aussperrung durch die sozialdemokratische Partei oder die freien Gewerkschaften (?) sowie im Falle einer Aussperrung von Seiten der Arbeitgeber wöchentlich eine Mark mehr auszahlen, als die sozialdemokratischen Arbeitskollegen aus den Streiklassen erhalten. Die Auszahlung erfolgt so lange, wie die sozialdemokratische Organisation ihren Mitgliedern Streikgelber zahlt. Der Verband rechnet bei seinem Unternehmen auf eine großzügige Unterstützung durch die Staatsregierung sowie der patriotisch gestimmten Bürgerschaft, namentlich der Arbeit-geber. Als Beitrag soll jährlich nur eine Mark erhoben werden."

Ob die Klasse zustande kommt oder nicht, können wir in Ruhe abwarten. Wenn aber die Väter der schlauen Idee meinen, mit solchen Mäxchen den Gewerkschaften Abbruch tun zu können, dann sind sie schwer auf dem Holzwege. Der ganze Plan ist nur geeignet, die Kriegervereine, noch deutlicher als es seither schon der Fall ist, als Or-ganisationen zu kennzeichnen, die planmäßig Streikbrecher züchten. Je deutlicher diese Eigenschaft der Kriegervereine in Erscheinung tritt, um so zuverlässiger werden ihnen die Arbeiter fernbleiben, die ihren Ehrenschild blank und rein bewahren wollen. Die Elemente aber, die bereit sind, ihre Ehre für eine bare Reichsmark zu verkaufen, gönnen wir den Kriegervereinen gern.

Die Christen wollen Material für ein Buchhausgesetz sammeln. So ist doch wohl das Ergebnis der Ausschuf-sung des Gesamtverbandes vom 10. bis 21. April zu ver- stehen, über welche das "Zentralblatt" der christlichen Ge-werkschaften folgendermaßen berichtet:

"Uebereinstimmend wurde von mehreren Seiten auf den verstärkten Druck hingewiesen, der von der sozialdemokra-tischen Richtung in letzter Zeit auf alle Andersdenkende aus-geübt wird, um die Alleinherrschaft auf dem Gebiete des Arbeitsvertrages zu erlangen. Demgegenüber kam mit vollster Einmütigkeit die feste Absicht zum Ausdruck, seitens der christlichen Gewerkschaften dem sozialdemokratischen Terrorismus, insbesondere den kramphastigen Bestrebungen zur Schaffung von Arbeitsmonopolen mit aller Entschieden-heit entgegenzuwirken. Die sozialdemokratischen Führer sollen sich wohl hüten, den Bogen zu spannen, damit nicht schließlich durch gesetzliche Maßnahmen dem sozial-demokratischen Mißbrauch gewerkschaftlicher Machtmittel in ähnlicher Weise Schranken gezogen werden müßten, wie es jetzt gegenüber dem sozialdemokratischen Mißbrauch mit den Beamtenstellen in der Arbeiterversicherung zur Notwendig-keit geworden sei."

Das Verbot von dem sozialdemokratischen Mißbrauch mit den Beamtenstellen in der Arbeiterversicherung ist in dem Munde der christlichen Gewerkschaftsführer bemerkt ver-logenes Geschwätz. Die christlichen Herrschaften begeistern sich auch wohl nur deshalb so sehr für die geplante Ent-rechtung der Arbeiter durch die Reichsversicherungsordnung, weil sie hoffen, auf diese Weise das Erbe der wegen ihrer sozialdemokratischen Gesinnung gemargelten Klassen-angehörigen antreten zu können. Das könnte ihnen so passen, wenn sie es zu erreichen vermächten, daß durch einen anderen gesetzgeberischen Akt die christlichen Gewerkschaften als allein zulässige Organisation erklärt würden. An gutem Willen zur Mitarbeit bei der Schaffung eines Gesetzes zur Unterdrückung der freien Gewerkschaften fehlt es ihnen nicht und mit der zitierten Kundgebung soll doch auch nur zum Ausdruck gebracht werden, daß mehr noch als seither nach dieser Richtung gearbeitet werden soll. Allerdings haben die Christen in dem Ersinden von Terrorismsgeschichten ohnehin schon so Hervorragendes geleistet, daß ihnen schwer fallen dürfte, ihre Leistungen auf dem Gebiet noch zu über-bieten. Wir stehen übrigens den Drohungen der Christen mit vollem Gleichmut gegenüber. Es sind Arme im Geiste, die nicht weit genug sehen können, um zu erkennen, daß sie sich mit einer solchen Agitation selbst am meisten schädigen.

Eingefandt.

Zentralkommission der Stellmacher.

Wir haben vor kurzer Zeit an dieser Stelle vor Inse-raten gewarnt, wodurch mancher Kollege seine Leicht-gläubigkeit schmer büßen mußte. In der Generalversammlung der Stellmacher- und Wagenbauerninnung am 10. April hat der Obermeister Fickler zugestanden, daß sehr viele Inserate von ihm herrühren, um recht viele Stell-macher nach Berlin zu locken und dadurch die Stellmacher-Vereinigung in Umlauf sein. Wir ersuchen die Kollegen, dieselben mit Vorsicht aufzunehmen und, wenn sie anderweitig in Arbeit treten wollen, sich an die Zentralkommission zu wenden. Auch sollten alle Kollegen, die derartige Inserate zu Gesicht bekommen, es uns mitteilen.

Gleichzeitig ersuchen wir die Sektionsleiter und Orts-verwaltungen, wo Beiträge oder Vereinbarungen mit Unternehmern getroffen worden sind, diese der Zentral-kommission in mindestens 2 Exemplaren zuzuschicken, damit wir den Fragestellern aus Orten, wo Beiträge abgeschlossen werden sollen, genügende Grundlagen geben können.

Alle Zuschriften sind zu richten an: Otto Liebert, Berlin O., Wühlischstr. 49, Gartenh. IV.

Literarisches.

Die nachbenannten Werke können auch durch die Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiterverbandes, Berlin C. 2, Neue Friedrichstr. 2, bezogen werden.

Kunst und Proletariat. Von Maria Zettin. Vor-trag, gehalten am ersten Künstlerabend des Bildungsaus-schusses der Stuttgarter Arbeiterschaf. Diesen Titel trägt eine uns zugewandene 16 Seiten starke und schön ausge-stattete Broschüre, die durch F. S. W. Diez Nachf., G. m. b. H., in Stuttgart zum Preis von 15 Pf. bezogen werden kann.

Die Junge Welt. Unter diesem Titel erscheinen im Verlage der Wiener Volksbuchhandlung Janak Brand u. Co., Wien VI/1, die ersten Bändchen einer Sammlung, die Josef Quitpold Stern herausgibt und die besondere Beach-tung verdienen. Hier wird der Versuch gemacht, eine billige

Bibliothek für Arbeiter und Arbeiterinnen zu schaffen; eine Reihe schmuder Hefte, die dem Proletariat und vor allem der Arbeiterjugend in den festlichen Stunden der Ruhe die Freude am Leben und den Willen zur Tat kräftigen und lauteren wollen. Band 1 enthält: Soziale Balladen, gesammelt von Josef Quitpold Stern. Band 2 ist betitelt: Soziales Wandern und ist von Max Winter ge-schrieben. Band 3 enthält eine Skizze über Friedrich Schiller von Engelbert Bernerstorfer. Band 4: Die Fndlauer von Hugo Schulz, bringt ethnographische und historische Aufklärung über die amerikanischen Eingebore-nenvölker. Jedes der 4 Bändchen kostet 20 Pf.

Vor 40 Jahren. Der Wiener Hochverratsprozeß gegen A. Scheu, S. Oberwinder, J. Most und Genossen. Ein Beitrag zur Wiener Parteioorganisation. Neu heraus-gegeben und ergänzt durch persönliche Erinnerungen von Heinrich Scheu. Mit Einleitung und Nachwort von Dr. Karl Renner. Verlag der Wiener Volksbuchhandlung Janak Brand u. Co., Wien VI/1. Vollständig in 18 Bie-se-rungen à 20 Pf.

Der Wiener Hochverratsprozeß vom Jahre 1870 ist ein wichtiges Dokument für die Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung. Die Neuherausgabe dieses Prozeß-berichts ist um so verdienstvoller, als durch das von Dr. Menner geschriebene Vorwort und Nachwort das Verständnis für die Vorgänge und die Entwicklung der Arbeiterbewe-gung wesentlich gefördert wird. Bis jetzt liegt das erste Heft vor, in welchem die Renner'sche Arbeit beginnt. Die weiteren Hefte werden bald folgen.

Zentral-Kranken- und Sterbefasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter

(E. S. B. in Hamburg).

Einnahme im April.

Ueberschuss sandten ein: Freiburg i. B. 500, Karlsruhe 400, Bonn, Eilenburg, Gotha, Mathenow, Schleusingen je 800, Erlangen, Mariendorf, Neu-Jfenburg, Taubertschloß-heim je 250, Vordorf, Grefeld, Ebingen, Eckenloren, Guntzsch, Jorchheim, Gera, Gevelsberg, Kaiserlautern, Königsberg, Leipzig I, Leipzig II, Lengsch, Pieschen, St. Gangloff, Schleibitz, Schmellingen, Steglitz, Jangen-berg je 200, Osterwied 180, Aichaffenburg, Voishuang, Ham-burg IV, Hernsdorf, Offenbürg, Plauen i. V., Rastatt, Salmünster, Schleiz, Stabe, Wangen, Wilsen je 150, Bismehna 120, Alte Neustadt, Neue Bergshofen, Würzig, Gräblich, Gunnersdorf, Dresden N., Göttingen, Gretzen, Güls, Heideberg, Heidesheim, Heinrichsruh, Herbede, Hürth, Meinhäusen, Knauthain, Lüneburg, Magdeburg, Meiderich, Nohausen, Neustadt a. S., Nieder-Zwechen, Nöggersheim, Plauen b. Dresden, Rintheim, Rudolstadt, Schöneberg, Schwarz, Schwerte, Trotha, Wallendar, Weits-höchheim, Wersen, Weilburg, Wildruff, Wilster, Bernau, Mitteringen, Ensen-Westhofen je 100, Wilm 98, Freiburg i. Schl. 90, Oberswalbe, Theissen, Unterhans je 80, Dö-beln 75, Mühlheim a. D. 74, Dellbrück, Strehlen je 70, Oberkirch 60, Bernburg, Brühl, Johannsberg, Mühlhausen, Ochsenfurt, Schmiedefeld, Bosen je 50, Pasewall, Unter-böblingen je 40.

Summe der Ueberschüsse	14 516,— M.
Beiträge von Einzelmitgliedern	2 416,80 "
Eintrittsgelder von Einzelmitgliedern	1,70 "
Sonstige Einnahmen	512,97 "

Gesamteinnahme 17 445,97 M.

Ausgabe im April.

Zuschuß erhielten: Berlin F., Halle, Rixdorf je 800, Mainz 600, Altenburg, Augsburg, Berlin D, Berlin G, Düsseldorf, Frankfurt III, Gelsenkirchen, Al.-Bischer, Mühlburg, Speyer, Worms je 400, Albershof, Breslau, Cassel, Fürth, Höchst, Mühlheim a. Ruhr, Schweigen, Stettin, Wilmersdorf je 300, Martinroda 250, Altona, Ansbach, Wirtendorf, Bruch, Cannstatt, Degerloch, Ge-bichenstein, Hamburg III, Heidesheim, Jébenhausen, Kastel, Neustadt b. S., Pirna, Reinickendorf, Reu-nitz, Siegburg, Wessling, Würzburg I je 200, Böhlich-Ehrenberg, Emdenich, Friedenau, Hamburg V, Knichingen, Liegnitz, Lorch, Poll, Sülz, Volkmarzdorf, Volkmarz-hausen, Wenigenjena je 150, Urzheim, Berchtesgaden, Bobenheim, Bremerhaven, Brunshüttelboog, Büdingen, Dortmund, Dürkheim, Duisburg, Finken, Friedrichs-dorf, Gaisburg, Gohlisch, Gröbigen, Hennes, Her-ford, Hornberg, Jserlohn, Langewiesen, Lettin, Lützenau, Meinmingen, Osenborn, Potsdam, Rheingönheim, Rothen-ditmol, Müdigheim, Sangerhausen, Seeheim, Strahburg, Ulm, Verden, Wehlheiden, Weiskensfeld, Wittenberg, Buffen-hausen je 100, Anstadt 90, Plauen, Spiegelberg je 80, Esthal 70, Al.-Prohnenburg, Lorchbach je 60, Altona, Aischersleben, Drais, Pritzwalk, Segeberg, Tiegenshof, Wizingen je 50, Jäsenburg 30.

Summe der Zuschüsse	20 170,— M.
Krankengeld an Einzelmitglieder	2 800,60 "
Sterbegeld	—,00 "
Sonstige Ausgaben	6 788,57 "

Gesamtausgabe 29 267,17 M.

Gesamteinnahme 17 445,97 M.
Gesamtausgabe 29 267,17

Abnahme des Vermögens 11 821,20 M.

H. Guck, Hauptkassierer.

Allgemeine Kranken- und Sterbefasse der deutschen Drechsler und deren Berufsgenossen

(E. S. B. Hamburg.)

Im April sandten Ueberschüsse ein: Berlin C. 300 M., Mürzel 250, Wölpke 75, Berlin D 300, Ohligs 200 M. Summa 1125 M.

Zuschuß erhielten: Berlin B 200 M., Steinkirchen 125, Hamburg I 100, Troisdorf 50, Offenbach 200, Saan 150, Fürth 100, Hamburg III 60, Summa 935 M.

Zul. Mahmann, Hamburg 19, Osterstr. 94, G. I.

Veranstaltungs-Anzeiger.

Frankfurt a. M., Sonntag, den 20. Mai, abends 8 1/2 Uhr. Ecksalons-Gesellschaft...

Anzeigen.

Frankfurt a. M., Die nach Frankfurt kommenden Kollegen sind streng verpflichtet...

Angoskinder, Die Herberge und das Verkehrslokal befindet sich beim 1. Mai...

Altenburg, Der paritätische Arbeitsnachweis für das Holzgewerbe zu Altenburg befindet sich...

Altenburg, Kollegen, die hier in Arbeit treten wollen, sind streng verpflichtet...

Altenburg, Die nach Altenburg ausreisenden Kollegen sind streng verpflichtet...

München, Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Bureau...

Moskau, Die Arbeitsvermittlung erfolgt nur durch unseren Arbeitsnachweis...

Schwelmungen a. M., Das Bureau befindet sich ab 1. April...

Stefan Koop u. Gustav Heinemann werden ersucht, ihre Adressen zu senden...

Albert Uhena, Hilfsarbeiter, geb. 5. 2. 88 zu München...

Gustav Jäkel, Tischler aus Gerstendorf Schle., sende sofort Deine Adresse...

Robert Büttner, Korbmacher, wird als Zeuge angefordert...

Luis (Hlols) Wilhelm, geb. 7. 9. 60, zu Miedel aufgeführt...

Tischler für dauernd auf Tische zum sofortigen Eintritt...

10-20 Bau- und Möbeltischler für dauernde lohnende Arbeit...

Lären- und Fensterfabrik in Mittelstadt Sachsen sucht tüchtigen...

Tüchtige Möbelschreiner, die selbstständig nach Zeichnung...

Reflektanten haben mit dem Arbeitsnachweis der Zahlstelle...

Tüchtiger Fräser sowie noch einige Möbeltischler...

1-2 tüchtige Stuhlbauer werden noch eingestellt.

Süddeutsche Tischlerei-Verkauf, keine, gute, alte Möbel...

Süddeutsche Tischlerei-Verkauf, keine, gute, alte Möbel...

Süddeutsche Tischlerei-Verkauf, keine, gute, alte Möbel...

Süddeutsche Tischlerei-Verkauf, keine, gute, alte Möbel...

Süddeutsche Tischlerei-Verkauf, keine, gute, alte Möbel...

Süddeutsche Tischlerei-Verkauf, keine, gute, alte Möbel...

Süddeutsche Tischlerei-Verkauf, keine, gute, alte Möbel...

Einem tüchtigen Bauschler sucht Karl Mura, Kurhstadt, Posen.

2 Camera-Tischler finden dauernde und lohnende Beschäftigung.

Tüchtige Tischler finden dauernde Beschäftigung bei G. Groß...

Tüchtige Parkett-Verarbeiter, die mit der furnierten Tafelfabrikation...

In neueste Möbelfabrik der franz. Schweiz werden für sofort ein für den gesamten...

1. Werkmeister

1. Zeichner

Nur ganz tüchtige Kräfte wollen sich unter Aufgabe von Referenzen...

Tüchtige Holzdreher auf Wasserartikel für sofort gesucht.

Zwei tüchtige Dreher finden sofort dauernde Beschäftigung...

Ein tüchtiger Korbmacher findet dauernde Arbeit auf geschlagene Arbeit.

4 Korbmacher a. Peditzstraße u. a. etiger, sucht G. Günther...

Ein tüchtiger Korbmacher findet dauernde Arbeit auf geschlagene Arbeit.

4 Korbmacher a. Peditzstraße u. a. etiger, sucht G. Günther...

Ein tüchtiger Korbmacher findet dauernde Arbeit auf geschlagene Arbeit.

2 Korbmacher auf Mattarbeit gesucht.

Ein Korbmachergehilfe sucht sofort bei dauernder Arbeit und gutem Lohn...

2 Gesellen auf Mattarbeit bei gutem Lohn gesucht.

Jüngere Gesellenarbeiter auf dauernde Stellung für sofort gesucht.

Für sofort gesucht 4-6 Möhrmühl-Arbeiter.

Arbeitsnachweis Renschel, Elberfelderstr. 77.

Jüngere Dreher sofort gesucht, Maschinenbetrieb.

Tüchtige Vordreher in dauernde, angenehme Stellung suchen.

Geübter Stodarbeiter auf furnierte Schirmkullereale...

1 tüchtigen Bauschleibler und 1 Fertigmacher stellt sofort ein.

Einem tüchtigen Korbmacher auf geschlagene Arbeit...

Korbmacher! Tüchtige Gesellenarbeiter auf bessere Peditzmöbel...

Korbmacher auf Peditzmöbel, oder solche, die sich darauf einarbeiten...

Junger Korbmachergehilfe auf geschlagene Arbeit findet bei...

Gesucht für bald ein jüngerer, tüchtiger Korbmacher...

Korbmacher für Gringelchlagen und Mattarbeit...

Ein Korbmachergehilfe sofort auf grün und weiß geschlagenes...

Junger Korbmacher auf Rohr und Geschlagenes...

Korbmacher für Gesellenarbeit und für ff. Peditzmöbel...

2 Gesellen auf Mattarbeit, Zoll 16 Pf., sofort gesucht.

Ein organisierte Korbmacher findet sofort auf Meise- und Waschlörbe...

2 Korbmacher auf Peditzmöbel stellt sofort ein.

Es wollen sich nur solche melden, die auf Peditzmöbel gut eingearbeitet...

Zwei Korbmachergehilfen auf grün Geschlagenes...

Einem jungen tüchtigen Korbmachergehilfen auf Mattarbeit...

Suche per sofort einen tüchtigen, jungen Korbmacher...

Tüchtiger Korbmacher auf moderne Möhrmühl, sowie 1 Korbmacher...

Ein tüchtiger Korbmacher findet dauernde Arbeit auf geschlagene Arbeit.

4 Korbmacher a. Peditzstraße u. a. etiger, sucht G. Günther...

Ein tüchtiger Korbmacher findet dauernde Arbeit auf geschlagene Arbeit.

2 Korbmacher auf Mattarbeit gesucht.

Ein Korbmachergehilfe sucht sofort bei dauernder Arbeit...

2 Gesellenarbeiter bei gutem Lohn gesucht.

Jüngere Gesellenarbeiter auf dauernde Stellung für sofort...

Für sofort gesucht 4-6 Möhrmühl-Arbeiter.

Arbeitsnachweis Renschel, Elberfelderstr. 77.

Jüngere Dreher sofort gesucht, Maschinenbetrieb.

Tüchtige Vordreher in dauernde, angenehme Stellung suchen.

Geübter Stodarbeiter auf furnierte Schirmkullereale...

1 tüchtigen Bauschleibler und 1 Fertigmacher stellt sofort ein.

Einem tüchtigen Korbmacher auf geschlagene Arbeit...

Korbmacher! Tüchtige Gesellenarbeiter auf bessere Peditzmöbel...

Korbmacher auf Peditzmöbel, oder solche, die sich darauf einarbeiten...

Junger Korbmachergehilfe auf geschlagene Arbeit findet bei...

Gesucht für bald ein jüngerer, tüchtiger Korbmacher...

Korbmacher für Gringelchlagen und Mattarbeit...

Korbmacher für Gringelchlagen und Mattarbeit...

Korbmacher für Gringelchlagen und Mattarbeit...

Deutschlands einzige m. Handels-Lehranstalt verbunden. Tischler-Schule Ilmenau

Tischler-Fachschule Detmold. Direktor Kolscher. Aolteste u. bestrenommierte kunstgewerbliche Lehranstalt...

Erstkl. Tischler-Fach-Kurse Dresden A. Ausbild. u. Vertiefung, Technik u. Zeichnung (Honorsmäßig)...

Kunstgewerbliche Tischlerschule Blankenburg, N. 2. Programm frei. Direktor Reineking.

Amerikanische Werkzeuge! Abziehstreife, Sobelbänke, Reform-Punhol, Buchschneidwerkzeug...

Laubsägeerei! Kerbschnitzerei: Holzbrändmalerei liefert am billigsten...

Fachblatt für Holzarbeiter. Aus dem reichhaltigen Inhalt haben wir heraus...

Quittungs-Marken und Kautschuk-Stempel. liefert seit 80 Jahren Jean Holze & Co.

Deutsches Technikum. Lehr-Institut für Technischen Fern- & Korrespondenz-Unterricht...

Lokalbeamter gesucht!

Die Zahlstelle Gera, N. j. L., sucht zum sofortigen Eintritt einen tüchtigen, in der Agitation sowie im Kassensachen erfahrenen Lokalbeamten.